

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

27.6.1923 (No. 175)

Wesenspreis für Juni: in Karlsruhe: in un-
terer Geschäftsstelle und in
unseren Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 6500.—
frei Haus geliefert monat-
lich 7000.—
auswärts: durch un-
sere Agenturen besorgen
7000.—
Einselverleihspreis: 250 ./.
Verlag, Schriftleitung und
Geschäftsstelle: Ritterstraße 1,
Postfach Nr. 9547
Karlsruhe.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigenpreise für Juni:
die Seite, Nonpareilgröße
oder deren Raum 1000.—;
auswärts 1250.—; Pa-
müliensachen und Stellen-
angebote 600.—; Kleinan-
zeige 8500.— an erster
Stelle 4000.—
Rabatt nach Tarif.
Anzeigenannahme bis 6 Uhr
mittags; kleinere Anzeigen
spätestens bis 6 Uhr nachm.

Verantwortliche Redakteure:
Geschäftsstelle Nr. 28,
Berlin Nr. 21 und 207,
Schriftleitung Nr. 20,
Postfach Nr. 19.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift **„Die Pyramide“** **Badische Morgenpost**
„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Chefredakteur: Hermann v. Vaer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhardt; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Besondere: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl
Johann; für Inserate: Heinrich Schreyer, sämtlich in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. B. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berlin-Redaktion: Dr. Richard Hügel, Berlin-Konigsb. Poststr. 37. Telefon-Zentrum 428.
Für unverlangte Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Abbestellung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion: 11-12 Uhr vormittags.

120. Jahrg. **Mittwoch, den 27. Juni 1923** Nr. 175.

Auf dem toten Punkt.

Von unserer Berliner Redaktion wird uns ge-
braucht:
Die von französischer Seite verbreiteten Ge-
richte, nach denen die französisch-englische Ein-
igung bereits vollendete Tatsache sein soll, sind
gesehen hier schon als wenig glaubwürdig be-
zeichnet worden. Die letzten Nachrichten aus
Paris und London zeigen nun erneut, daß die
Verhandlungen zwischen den Alliierten wieder
stoden und daß von einer Annäherung der Auf-
fassungen trotz allen Botenbesuchen keine
Rede sein kann. „Daily Telegraph“ meint so-
gar, daß die Unterredung zwischen dem englischen
Botschafter in Paris und Poincaré nur dazu ge-
führt habe, den Kern des Meinungsunterschiedes
in der Reparationsfrage und der Ruhrbesetzung
zu offenbaren. Die Überbrückung dieses Mei-
nungsunterschiedes dürfte eine schwierige und
langwierige Aufgabe sein. In Paris leugnet
man keineswegs, daß die Unterhaltungen bisher
zu nichts geführt haben. Man schiebt die belgische
Kabinettskrise vor, von der man glaubt, daß sie
für Tenuis ungünstig ausgehen werde.

Diese Wendung der Dinge klingt wie ein
Hohn, wenn man sich den bisherigen Verlauf der
diplomatischen Aktion vergegenwärtigt. In
„Freundschaftlich“ Tone gibt die französische
Regierung seit zwei Wochen dem verbündeten
England zu verstehen, daß sie die englische Auf-
fassung über den Ruhrkonflikt und die Repara-
tionsfrage nicht teile und keine Lust dazu habe,
ihren eigenen Standpunkt aufzugeben. Und bei
der offiziellen Festhaltung dieser Unentwegtheit
wird gleichzeitig betont, es bestehe der ausdrückliche
Wunsch, zu einer Verständigung zu kommen.
Der französische Ministerpräsident zeigt dem eng-
lischen Minister seine Ueberlegenheit. „Hat man
wirklich in London geglaubt, daß Frankreich sich
mit England auf eine besondere Unterhaltung
einlassen würde, ehe wir über die neue belgische
Regierung Bescheid wissen?“ fragt das Journal.
„Wir haben keine Eile, im Ruhrgebiet macht sich
unser Druck immer fühlbarer, und der deutsche
Zusammenbruch wird immer deutlicher erkenn-
bar. Bald ist die Frucht reif.“ Das ist deutlich,
Herr Poincaré geht auf Ganze und keine Rech-
nungen können nur fehlschlagen, wenn Deutsch-
land ansieht, bis Frankreich keinen Vorwand
mehr hat, die Antwort an England zu verschie-
ben. Denn es ist nicht anzunehmen, daß diese
Antwort von England und der neuen belgischen
Regierung gebilligt werde. Auch wenn Tenuis
Ministerpräsident bleiben sollte, wird er nach den
Informationen der französischen Zeitungen in
einigen wesentlichen Punkten die bisherigen
Forderungen herabsetzen müssen, was natürlich
auf die Politik Poincarés nicht ohne Einfluß
bleiben kann.

Stillstand in den französisch- englischen Verhandlungen.

Paris, 26. Juni. (Drahtber.) Der „Reit Par-
isien“ veröffentlicht über den Stand der fran-
zösisch-englischen Verhandlungen eine
offenbar offizielle Mitteilung, in der es heißt:
Entgegen gewissen Nachrichten, die von einem
übertriebenen Optimismus eingegeben seien,
müsse erklärt werden, die letzten Verhandlungen
zwischen Poincaré und dem englischen Botschafter
Grew würden in einem Meinungsunterschied
zwischen Paris und London in Bezug auf die Re-
parationsfrage besonders gefehert. Tatsächlich
scheint man in der Erwartung des Endes der
belgischen Ministerkrise sich für den Augenblick
darauf zu beschränken, die Verhandlungen
nicht ganz fallen zu lassen. Der eng-
lische Fragebogen über die Forderungen des passiven
Widerstandes sei noch nicht beantwortet worden.
Neben die meisten Fragen, z. B. eventuelle Maß-
nahmen, die nach der deutschen Kapitulation ge-
troffen werden müßten, über die zu verlan-
genden Geldabgaben, über die Einberufung einer
Konferenz mit oder ohne Deutschland sei noch
keine Diskussion präzisierter Art eingeleitet worden.
Dieser Stillstand werde übrigens durch den
überaus freundschaftlichen Ton, in dem die Ver-
handlungen in der letzten Zeit geführt würden,
ausgeglichen, wobei beide Parteien den Willen
erkennen ließen, zu einer Verständigung zu ge-
langen.

London, 26. Juni. (Drahtber.) Der diploma-
tische Berichterstatter des „Daily Tele-
graph“ schreibt, es bestehe Grund zu der Ver-
sicherung, daß die am Sonntag zwischen Poin-
caré und Grew eingeleitete allgemeine Er-
örterung, obwohl sie in freundschaftlichem Geist
gehalten worden sei, nur dazu geführt habe, die
Verschiedenheit zwischen dem fran-
zösischen und englischen Standpunkt in
der Reparations- und Ruhrfrage in den wesent-
lichen Punkten zu enthüllen. Derartige Ab-
weidungen auszusöhnen, müsse eine schwierige,
langwierige, wenn nicht unumgähliche Aufgabe
sein. Vom Unterstaatssekretär für auswärtige
Angelegenheit Mac Neill sei noch am Sam-
stag in Canterbury gesagt worden, er sei über-
zeugt, daß jede verlässliche militärische Besetzung
und wirtschaftliche Anechtung des Ruhrgebietes
nur zu sozialen und wirtschaftlichen Unruhen in

Deutschland führen werde, was den französischen
Absichten vollkommen zuwider sei.
Der Berichterstatter erfährt von auswärtigen
Persönlichkeiten in Deutschland, daß sie den Ein-
druck hätten, daß nach der wirtschaftlichen Lage
in Deutschland der passive Widerstand
sicherlich noch eine Anzahl Monate aufrecht
erhalten werden könne. Man sei der Ansicht, daß
die Vorbereitungen für die Zuminutung an
Deutschland, den passiven Widerstand aufzugeben,
die Berücksichtigung sein würde, daß es als Gegen-
leistung für seine Einstellung des passiven
Widerstandes im Ruhrgebiet bald seine indu-
strielle und administrative Freiheit wieder-
erlangen könnte. Aber an eine Aussicht auf ein
deutliches Kompromiß sei augenblicklich nicht
mehr zu denken.

Ein herzerfröhendes Treu- bekenntnis.

Das Rheinland zu Preußen und zum Reich.
w. Darmen, 25. Juni. In Elberfeld wurde
heute die Tagung des Rheinischen Provinzial-
landtages eröffnet, in der sich der preußische
Minister Severing ausführlich über den
Zweck des passiven Widerstandes aus-
sprach und ausführte, der Zweck des ganzen pas-
siven Widerstandes sei, die junge Republik
zu einem gleichberechtigten Glied
der großen Völkerefamilien Euro-
pas in der Welt zu machen. Die fran-
zösische Regierung werde binnen kurzem Gelegen-
heit erhalten, zu den Plänen der französi-
schen Annektionspolitik Stellung zu nehmen.
Der Minister betonte, daß die deutsche Regie-
rung sich dessen bewußt sei, daß jede wie immer
geartete Annektion der Rheinlande nicht zu Re-
parationen führen, sondern nur einen neuen
Weg zu neuem Vutergießen und
neuen Zerstörungen eröffne. Er könne
nur wiederholen, daß das Rheinland nicht feil
sei, und daß es nichts in der Welt gebe, was das
Rheinland zum Gegenstand eines Schacher-
geschäfts machen könne. Wenn man, um die
Sache den Rheinländern schmackhaft zu machen,
von einer Entprekzung der Rhein-
lande spreche, so werde es, wenn erst einmal
normale Zeiten wiedergekehrt seien, Sache der
Rheinländer selbst sein, innerhalb der Reichs-
verfassung ihre staatsrechtlichen Verhältnisse
zu ordnen. Einstweilen weiß ein
jeder Rheinländer, daß eine Forderung der
Rheinlande im preussischen Staats-
verhalte mit einer Lösung mit dem
Reiche gleich bedeutend sei. Der Mini-
ster erklärte, daß er sich gerade gegen die For-
mel der Entprekzung mit der größten Entschie-
denheit wende, weil die Franzosen aus inner-
politischen und außenpolitischen Gründen eine
offene Aktion einleiten nur ergreifen würden,
wenn von Sicherungen die Rede sei, so habe
Deutschland vor allen Dingen das Recht, Sie-
cherungen gegen französische Ueber-
griffe zu verlangen. Eine internationale
Militär- oder Polizeitruppe könne die industriellen
Anlagen gegen verbrecherische Angriffe nicht
schützen. Man habe es ja während der Ruhr-
revolte erlebt, daß die Besatzungsstruppen diesen
Schutz nicht leisten wollten und das Verbrechen
unterstützten.

Zum ersten Vorstehenden wurde Bür-
germeister Dr. Farres gewählt, der in
einer längeren Ansprache als Beispiel der brut-
talen Unterdrückung der besetzten Gebiete, die in
der Weltgeschichte ihresgleichen nicht habe, fol-
gende Zahlen angab: 700 Jahre Gefäng-
nis wurden verhängt. In der Westmark, im
Rheinland und in Westfalen sind über 1,5 Bil-
lionen Mark Geldstrafen ausgesprochen worden
gegen Deutsche, die nichts getan haben, als ihre
Pflicht. Zwei Todesurteile wurden gefäl-
lt, mehrere Verurteilungen zu lebens-
länglichen beziehungsweise langjährigen
Zwangsarbeiten. Die Zahl der Ausgewie-
senen mit ihren Familienmitgliedern beläuft
sich auf 160 000. Diese schrecklichen Zahlen müs-
sen wieder und immer wieder in die Welt hin-
ausgerufen werden, wie wir im Rheinland und
in Westfalen leiden, wie wir trotz dem unge-
brochenen Radens sind.

Das Rheinland kein Lausobjekt.

w. Elberfeld, 26. Juni. Oberbürgermeister Dr.
Farres schloß seine Ausführungen, er danke es
der preussischen Regierung, daß sie stimp und klar
entlarzt habe, niemals werde das Rheinland der

Gegenstand eines Schacherhandels
bei den bevorstehenden Verhandlungen werden.
Wir sind überzeugt, daß auch die Reichsregierung
dahinter steht. Wir beanspruchen als Rheinlän-
der das Selbstbestimmungsrecht der
Völker. Wir sind Deutsche und wollen im
deutschen Staatsverband bleiben, und lassen über
diese Frage keinen anderen bestimmen als uns
selbst. In diesem Punkte gibt es keinen Mei-
nungsunterschied unter den Rändern.

Man hat im Rheinland das Schlagwort ge-
prägt, daß man mit englischer Hilfe noch ge-
gen eine Annullation ausgetauscht werde, und
hat damit Englands Interferenzpolitik charakte-
ristisch bezeichnet. Nun wird auch diese neue Treu-
erklärung zum Reich den Feinden weitere Ge-
wissheit über den nationalen Willen der Rhein-
länder geben.

Die französische Annektionspolitik im Rheinland.

London, 26. Juni. (Drahtber.) Der britische
Berichterstatter des „Daily Chronicle“ berichtet
seinem Blatte, seine Nachrichten hätten ihn
überzeugt, daß die Franzosen die auf die Schaf-
fung einer rheinischen Republik gerichtete Poli-
tik fallen gelassen, hätten und daß ihre Politik
jetzt härter zu einer Annektionspolitik
geworden sei. Jedermann im Rheinland sei
sicher, daß ein außerordentlich starker Druck not-
wendig sein würde, um die Franzosen wieder
aus dem Rheinland zu vertreiben. Der letzte
Man der Franzosen sei der, daß das Rheinland
einfach, des Eisens der Bezirks an behalten.

Der französische Bericht über Dorten.

w. London, 26. Juni. Ramsay MacDonald
lenkte im Unterhause die Aufmerksamkeit des
Premierministers auf einen Bericht über die
geheimen Beziehungen zwischen dem
französischen Oberkommissar im
Rheinland und deutschen Staatsangehörigen,
bei denen es sich um einen Versuch handelte, einen
separaten Rheinlandsstaat zu schaffen, und ob der
Premierminister beabsichtigt, irgend welche Vor-
stellungen bei Frankreich und den anderen Dele-
gierten in dieser Frage zu unternehmen. Walsh-
ley erwiderte, die Antwort auf den ersten Teil
der Anfrage sei bejahend, aber die Regierung
habe keine Kenntnis bezüglich der Echtheit oder
der Unechtheit des in Frage kommenden Be-
richts. Die Antwort auf den zweiten Teil laute
verneinend.

Der „Gaulois“ zur Königsberger Konferenz.

Paris, 26. Juni. (Drahtber.) Der „Gaulois“
schreibt zu der Rede des deutschen Reichskanz-
lers in Königsberg, der Reichskanzler habe sich
in der Defensive. Schließlich wolle er sich nicht
festlegen, bevor er das Ergebnis der schweben-
den Unterhandlungen zwischen England, Frank-
reich und Belgien kenne. Es stehe entschieden
fest, daß der Reichskanzler, wenn zwischen den
drei alliierten Regierungen eine Verständigung
erzielt werde, alsbald eine andere Sprache spre-
chen und irgend eine Kombination finden
werde, die es ihm erlaube, die nationale Eigen-
liebe zu können und dabei doch der Entente Ge-
nugung zu gewähren. Ebenfalls sei es außer
Zweifel, daß der deutsche Eigeninn nicht so rasch
nachgeben werde, wenn London, Paris und Brüs-
sel nicht zu einer Verständigung über eine ge-
meinsame Antwort gelangen. Deshalb könne
man nicht genug wünschen, daß die im Gange
befindlichen Verhandlungen zu einer Lösung
führen, die die bestehenden freundschaftlichen
Beziehungen festigen und die Wutung der Krise
beschleunigen solle, in die die Reparationsfrage
verwickelt sei.

Amerikaner studieren die Ernährungslage Deutschlands.

Münster, 26. Juni. (Drahtber.) Nach der
„Abnischen Zeitung“ sprachen am Sonntag zwei
Amerikaner, Prof. Lincoln Southin und
Dr. Franc Holder, beim hiesigen Ober-
präsidenten vor. Sie bereiten derzeit im Auf-
trage Hoover's Deutschland, um Erfundigungen
über seine Ernährungslage einzuziehen.
Gelegentlich einer Besprechung mit dem Ober-
präsidenten Ordnungswahl ließen sie sich eingehend
über die Ernährungslage im Einbruchgebiet
unterrichtet. Dabei wurde von dem Oberpräsi-
denten darauf hingewiesen, daß durch das ge-
walttätige Vorgehen der Franzosen die Verfor-
gung mit Kartoffeln sowie Frühgemü-
sen äußerst gefährdet sei. Die Amerikaner
nahmen mit lebhaftem Interesse von den
Ausführungen des Oberpräsidenten Kenntnis
und erklärten, daß sie seiner Anregung durch
persönliche Frühlingsaufnahme mit den verschiede-
nen Schichten der Bevölkerung des Ruhrgebietes
sich von der Lage zu überzeugen, Folge lei-
sten würden. Darauf lebten sie ihre Reize ins
Einbruchgebiet fort.

700 Jahre Gefängnis.

Zwei Todesurteile — 100 Ausgewiesene, das
sind die Segnungen, die uns die „friedliche Juge-
neit-Kommission“ neben all den andern Frevel-
taten auf deutschem Boden beibringt!
Deutsche, wacht auf! Seid einig!

Der Geheimbericht Tirards.

Das Rheinland ein unabhängiger Staat mit
Anlehnung an Frankreich.

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht Nä-
heres über den vom „Oberver“ gemeldeten Ge-
heimbericht, den der Vorsitzende der Rheinland-
kommission, Tirard, nach Paris vermittelt hat.
Als Verfasser dürfte, wie man annimmt, der
leitende Delegierte der Rheinlandkommission in
Wiesbaden in Frage kommen. Der Bericht
selbst, den wir nachstehend auszugsweise wieder-
geben, läßt die französischen Rheinlandspläne
ebenso unverhüllt erkennen, wie der seinerzeit
bekannt gewordene Tardat-Bericht. Auch über
die aktive Rolle des Generals Mangin erhält
der Leser zweifelsfreie Auskunft.

Der Bericht, der als „persönlich und streng vertrau-
lich“ bezeichnet ist, erwähnt zunächst, daß der Bericht-
erhalter im Mai 1921 mit der Aufgabe betraut wurde,
mit Dr. Dorten in Verbindung zu treten, und er gibt
dann eine Schilderung der Lage, in welcher sich Dor-
ten damals befand. Dorten war nach dem Scheitern
seiner Aufträge von Juni 1919 in eine schmerzhafte
Position geraten; er hatte die Befehle unternehmen, be-
trachtet durch die Unterführung, die ihm von Gene-
ral Mangin freigeigelt angeboten worden war und
unter dem Einfluß schlechter informierter Berater; im-
dessen hatte die Proklamation von Wiesbaden ein klä-
gliches Glas erlitten, das zu beklagenswerten Folgen
führte. Es trafen bindende Instruktionen aus Paris
ein, und Oberst Pineau, der mittelmäßige Lud-
wig XIV. des rheinischen Eintragsparlamentes, erließ
eines Tages, um zu erklären, daß Dorrens Stunde ge-
schlagen habe. Von da ab legte sich die französische
Unterführung der rheinischen Separatisten eine Heilung
eine gewisse Zurückhaltung auf.

Dorten wurde gegen den Zugriff der deut-
schen Aufklärung geschützt, und dank dieses Schutzes mar-
Dorten in der Lage, seine Anhänger aufzunehmen, seine
Propaganda zu veröffentlichen und Zeitungen zu
veröffentlichen. Inzwischen hatte das Oberkommissariat
seine Zulassung nicht offen zugeben; es galt, Zwischenfälle zu vermeiden,
infolge deren das Oberkommissariat, das offiziell nichts
mit Politik zu tun haben sollte, unheilbar verlor
worden wäre. Unter diesen Umständen wurde
Dorten, das Opfer der großen Politik und seiner ete-
nen Helfer, nach und nach ein untergeordneter Agent
in französischem Solde.

Seine Feinde hatten dies bald herausgefunden und
sie verstanden es, in diesem preussischen Lande
(? Red.), aber durch das deutsche Land, aus
dieser Tatsache eine tödliche Waffe zur Verwirklichung
der rheinischen Politik zu machen. Der Vorwurf, ein
Schlave Frankreichs zu sein, wurde Dorten ins Gesicht
geschleudert und von der tausendstimmigen, alldutschen
Presse wiederholt. Leider fand die Presse unter solchen
informierten oder übel gelaunten Franzosen Bundes-
genossen. Dorten selbst trat diesen Angriffen mit
großem Mut entgegen; er verlor dabei gleichzeitig einen
festen Grund zur Verfolgung seiner Pläne zu finden.
Seine Verurteilung, Beschuldigungen an Frankreich und
den Anhängern des Rheinlandes heranzustellen,
wurden vom Oberkommissariat energisch unterbunden,
blieben aber trotzdem fruchtlos. Er bemühte sich dann,
den rheinischen Separatismus mit den separa-
tistischen Mittelpunkten des unbesetz-
ten Deutschland in Verbindung zu bringen und
er trat zu diesem Zweck in Verbindung mit Dr. Heim,
dem bayerischen Banernführer, ein. Die Politik, die
damals der französische General Dard in München
verfolgte, schien die Anstrengungen Dorrens zu rech-
fertigen, in dessen schillerter Dorten auch hier. Ein Ver-
such mit den Hannoverischen Welfen ging nicht
besser aus.

Der Bericht verbreitet sich dann über die an-
geleglichen Wirkungen, der von ihm behaupteten
preussischen Propaganda, die Mitte 1919 eingeleitet
und die rheinische Bevölkerung terrorisiert und
entmutigt habe. Dr. Dorten's Einfluß sei da-
durch verringert worden, und in dem gleichen
Maße, in dem er die Unterführung und den
Schutz Frankreichs habe suchen müssen, hätten
sich die Gerüchte verstärkt, daß er lediglich
der Diener Frankreichs sei. Viele seien
von ihm abgefallen als von einem Verräter.

Indessen war der Einfluß Dorrens keineswegs voll-
kommen verschwunden. Mitte 1922 ging Dorten daran,
seine Partei zu reorganisieren. Er blieb dem Pro-
gramm treu, das er allmählich zur Schaffung eines
autonomen Bundesstaates innerhalb des Reiches aus-
gearbeitet hatte; aber dieses Programm war, wie er
mir wiederholt erzählt hat, lediglich dazu bestimmt, das
Unbehagen der Mehrheit seiner Anhänger zu beruhigen,
die eine verfallene französische Annexion beiführten.
Nach Dorrens Auffassung konnte eine solche Schöpfung
keine Dauer haben; sie hätte vielmehr bald durch einen
unabhängigen Staat mit Anlehnung an
Frankreich ersetzt werden müssen.

Bestehe, daß die Arbeit Dorrens sich auf die länd-
liche Bevölkerung und auf die Mittel-
klasse beschränke. Die Propaganda unter den
Arbeitern könne zu sozialistischen Gegen-
aktionen führen. Während vieler Monate sind so
das französische Oberkommissariat und der Führer der
rheinischen Separatisten bemüht gewesen, dem gemein-
samen Ziele der Befreiung des Rheinlandes näher zu
kommen.

Die durch die Politik Poincarés und die Befreiung
des Ruhrgebietes verursachte Krise ließ eine Kritik
am Ausbruch kommen, die eine Reihe von Ueber-
ständnissen seit langem vorbereitet hatte. Ende Fe-
bruar d. J. erhob das Oberkommissariat gegen Dorten
schwerwiegende Vorwürfe, daß er nichts tue,
um die separatistische Bewegung zu entwickeln, daß er
offensichtlich ihre Bedeutung übertrieb, und daß er die
französischen Anstrengungen an der Ruhr mit einem
vollständigen Mangel an Aktivität im Rheinland er-
widerte, ferner daß er die ihm anvertrauten Fonds miß-
brauche und schließlich, daß er in der französischen
Presse Angriffe gegen das Oberkommissariat veranlaßt
habe.

Der Bericht verleiht Dorten gegen einen Teil die-
ser Vorwürfe; er hebt hervor, daß Dorten im vorigen
Jahre nach einer Periode der Entmutigung ernsthaft

Ankündigungen gemacht habe, seine Partei zu reorganisieren, und er spricht die Überzeugung aus, daß Dorens in Belgien ehrenhaft sei, wobei allerdings bemerkt wird, daß dies nur eine persönliche Ansicht sei; denn die Bundes, die Dorens vorgelegt habe, seien zu fassenhaft gewesen, als daß man aus ihnen irgendwelche Schlüsse ziehen könne.

Der letzte Vorwurf, daß Dorens in der französischen Presse Angriffe gegen das Oberkommando in Paris veranlaßt habe, sei leider vollkommen wahr. Dorens habe die von Frankreich nach dem Wille des Jahres 1919 geübte Politik der Vorkriegs als Defektion angesehen. Es sei in seinen Augen Verrat gewesen, wenn die französischen Delegierten in der Rheinlandskommission es verweigerten, sich zu offen mit den notorischen rheinischen Separatisten zu kompromittieren. Er habe aus diesem Grunde im vorigen Jahre Verbindung mit der nationalsozialistischen Partei in Frankreich unterhalten.

Der Mann aber, der den größten Einfluß auf Dorens ausübte und mit dem er in enger Verbindung blieb, ist der General Mangin gewesen. Diesen hat er als den einzigen Mann angesehen, der fähig war, Frankreichs Bestimmung am Rhein zu erfüllen. Nach den ersten Misserfolgen der Ruhrinvasion hat Dorens gehofft, daß jetzt die Stunde der Aktion gekommen sei. Mangin General Mangin sich Dorens zu bedienen, um in das öffentliche Leben zurückzuführen? Aus dieser Sachlage geht hervor, daß Dorens im Gegenfall zu Smeets nach dem Beginn der Ruhrinvasion sich vollkommene Zurückhaltung aufzulegen hat.

„Ich habe kein Vertrauen mehr“, so habe er erklärt, „für mich immer im Stich gelassen, die Rheinländer lächeln und zucken die Achseln, wenn man die Rheinlandkommission erwähnt. Sie wollen nur dann marschieren, wenn ich ihnen den Befehl gebe; ich aber werde ihnen den Befehl nicht geben, solange die französische Regierung selbst mich nicht hat wissen lassen, daß sie mich voll unterstützen wird. Dann will ich mit dem Vertreter Frankreichs im Rheinland, wie immer es sein mag, aufkommen. Meine Anhänger und ich wissen, daß der Kampf hart sein wird; wir sind bereit, unser Leben zu opfern, aber wir wollen dieses Opfer nicht vergeblich bringen, und wir haben in diesem Punkte keine Garantie.“ Dorens wiederholte mir dieses immer und immer wieder, bevor er es in der Pariser Presse ausbrachte.

Der Bericht schließt mit dem Ausdruck der Erwartung, daß der rheinische Staat kommen werde, und daß man sich dabei Dorens bedienen solle, der trotz seiner Fehler das Zeug zu einem Organisator und Führer habe. Man könne das nun so unbedenklich tun, als Dorens die Schiffe hinter sich verbrannt habe; denn in Paris habe er erklärt, daß seine Politik in vollkommener Übereinstimmung mit Frankreich sei. Keine Aktionen dürften mehr gemacht werden, die die preussischen Mäntel unterstücken, keine Kompromisse dürften mit zweifelhaften Leuten, wie dem Oberbürgermeister von Köln, geschlossen werden. Ein unabhängiger Rheinlandstaat, der seinen Anteil an der Reparation übernimmt! Die französische Regierung, so schließt der Bericht, soll mit Dorens verhandeln und die Verhandlungen einigen wenigen Personen übertragen, die den eigentlichen Charakter Dorens verstehen, ihre Worte gut wählen und vorsichtig in ihren Versprechungen sein.

Diese Entfaltungen haben in allen interessierten Ländern, besonders in England und natürlich auch in Frankreich, berechtigtes Aufsehen erregt und ausgedehnte Betrachtungen der Presse über die Länder entfesselt, wenn auch die großen, verantwortungsbewußten Blätter die Sache möglichst zu umgehen suchten, um den Gang der diplomatischen Verhandlungen nicht zu stören.

In den politischen führenden Kreisen Frankreichs empfindet man die Entfaltung auf das peinlichste und sucht die Schuld nach bewährten Mustern auf den lieben Nachbar — diesmal jenseits des Kanals — abzuwälzen, was nicht hinderlich, gleichzeitig auch die deutsche Regierung mit hineinzuwickeln und zu verurteilen, sie zu kompromittieren. Wir, die wir ja die Ziele der französischen Politik und ihre Mittel und Maßnahmen nun hinlänglich kennen, wissen, wo wir die wahrhaft Schuldigen zu suchen haben.

London, 26. Juni. (Drahtber.) Ein Teil der Presse beschäftigt sich des Weiteren mit dem vom „Dierker“ veröffentlichten französischen Geheimbericht. Eine Reuter-Meldung besagt, daß in einem nachdrücklichen französischen Dementi gesagt werde, daß das vom „Dierker“ veröffentlichte Dokument nicht bestehe, doch wird

von den englischen Blättern als sicher angesehen, daß Frankreich versuche, das Rheinland von Deutschland zu trennen.

Die Kommentare der Berliner Presse werden viel beachtet. Die Behauptung des „Matin“, daß der Chef des britischen Nachrichtendienstes in London zur Zeit des Kapp-Putsches mitgewirkt hätte, um eine rheinische Republik zu gründen, wird in London von amtlicher Seite prompt dementiert. Neuter erzählt, es handle sich bei der Matin-Meldung um eine im letzten April in London veröffentlichte Mitteilung, die damals kategorisch in Abrede gestellt wurde.

Aus dem Ruhrgebiet.

Diebstahl-Gemeinschaften der Belgier.

m. Berlin, 26. Juni. Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, haben die Belgier in Duer, das schon unter der französischen Herrschaft Unfallschicksal erdulden mußte, ein Schreckensregiment eingeführt. Die für die Erschießung der beiden belgischen Soldaten verhängten Sanktionen werden auf das rücksichtsloseste durchgeführt. Noch vor dem 8 Uhr abends festgesetzten Beginn der Verkehrssperre riefen französische Panzerautos durch die Stadt und Patrouillen durchziehen die Straßen. Die von den Belgiern verhafteten Passanten müssen auf der Wache die Nacht stehend mit dem Gesicht der Wand zugesehrt verbringen. Einem der Festgenommenen wurde von belgischen Soldaten ein Auge ausgehauen. Bisher wurden von belgischen Soldaten erschossen: Der 19 Jahre alte Elektromonteur Wesenmayer und der 23 Jahre alte Bernhard Torbrink, beide auf der südlichen Gasanstalt beschäftigt, als sie beim Rückkehr von einem Spaziergang nach 8 Uhr abends sich der elterlichen Wohnung näherten. Ein weiterer junger Mann wurde kurz nach 8 Uhr abends durch Schüsse in den Oberkörper schwer verletzt, die von einem belgischen Soldaten durch ein Schaufelrad in eine Wohnung hineingeworfen wurden. Schwere Verletzungen erlitt noch ein Bergmann namens Schubert in der Mühlenstraße, dem eine gefährliche Angel durch beide Beine drang und ein Einwohner der Ackerstraße.

Die Verkehrsperre ist nur insofern gemildert worden, als Ärzte, Geistliche und Hebammen nach 8 Uhr abends die Straßen betreten dürfen, wenn sie einen Ausweis bei sich führen und ihren Weg mit erhobenen Händen zurücklegen.

m. Duer, 26. Juni. (Drahtber.) Wie die „Ruhrische Volkszeitung“ meldet, ist der Schriftleiter dieser Zeitung, Redakteur Hermann Diebold, heute vormittag von belgischen Gendarmen zur Kommandantur geholt und nach kurzer Vernehmung für verhaftet erklärt worden. Die Verhaftung wurde verfügt wegen eines in der „Ruhrischen Volkszeitung“ erschienenen Artikels „Mutter in Duer“. Die Besatzungsbehörde hat die Aufnahme einer Vernehmung verlangt, in der es heißt, daß die geistlichen Personen nicht vor acht Uhr, sondern um 8 Uhr von belgischen Posten erschossen worden seien, weil sie auf Anruf nicht erschienen seien. Stadtrat Dr. Grewe, der erst gestern mittag von einer Reise nach Duer zurückgekehrt war, wurde als Geißel nach Esterade abgeführt, wo sich auch die übrigen Geißeln aus der Stadt Duer befinden.

m. Essen, 26. Juni. (Drahtber.) Die Strafmaßnahmen, die wegen der Erschießung der belgischen Soldaten bei Rippensdorf verhängt wurden, forderten, wie bereits gemeldet, eine Reihe von Opfern und zwar drei Tote und eine Anzahl Verwundete. Erschossen wurde der 36jährige Johann Tom Brink. Dieser stand um 8 Uhr abends im Vorgarten seines Elternhauses, als plötzlich eine belgische Patrouille aufbrach. Der junge Mann war gerade im Begriff, auf die Aufforderung seines Vaters in das Haus zurückzukehren, als schon der tödliche Schuß fiel. Er fiel sofort vor den Augen seiner Angehörigen nieder und verschied nach wenigen Augenblicken. Die Angehörigen wurden, als sie zur Hilfeleistung in den Vorgar-

ten gehen wollten, ebenfalls mit Erschießen bedroht. Der 23jährige Sohn der Witwe Wesenmayer ging mit seinen Brüdern auf den Neumarst. Als die jungen Leute bemerkten, daß sie verfolgt wurden, suchten sie Schutz hinter der großen Markthalle. Zwei davon blieben auf den Anruf der belgischen Posten mit erhobenen Händen stehen, während der dritte in ein Haus hineinging. Einer der Posten sandte ihm auf der Treppe einen Schuß nach, der ihn sofort tötete. Die Leiche wurde in das Haus gebracht, welches zurzeit noch von einem Doppelposten besetzt wird. Der dritte Tote Nicker ist ein alter Mann, der für das Krankenhaus in Dork Besorungen machte, wobei er erschossen wurde. Ferner wurde eine ganze Anzahl von Personen an geschossen und zum Teil schwer verletzt. Mehrfach wurde auch beobachtet, daß Leute, die am Fenster ihrer Wohnung standen, angeschossen wurden.

Berlin, 26. Juni. (Drahtber.) Aus dem Ruhrgebiet wird gemeldet: In Gladbeck wurde am 24. d. Mts. auf der Holzbauer Straße ein Schussmörder aus Dork, Nwald, der im Krankenhaus in Dork-Emscher als Plebsing untergebracht ist, von einem belgischen Soldaten erschossen. Ferner wurde in der Nacht ein Mann von etwa 49 Jahren, dessen Personalien bis jetzt nicht ermittelt sind, an der Rechenbahn ebenfalls von einem belgischen Soldaten erschossen. Die Belgier brachten heute morgen die Leiche ins hiesige Krankenhaus.

Die Zwangsmassnahmen gegen die Eisenbahnbeamten.

m. Köln, 26. Juni. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, sind seit Beginn des Ruhrkampfes folgende Zwangsmassnahmen gegen Eisenbahnbedienstete zu verzeichnen: Aus ihren Wohnungen vertrieben wurden 1708 Bedienstete mit ungefähr 5000 Angehörigen. Aus dem besetzten Gebiete ausgewiesen wurden 1156 Bedienstete mit ungefähr 2000 Angehörigen. Verhaftet wurden 22 Bedienstete. Vom Kriegsgericht verurteilt wurden 63 Bedienstete zu insgesamt 14 Jahren 3 Monaten und 25 Tagen Gefängnis sowie 35000 Mk. Geldstrafe. Zwei Bedienstete wurden getötet.

Aus der Pfalz.

Weitere Ausweisungen.

m. Kaiserslautern, 26. Juni. Gestern wurden hier eine Reihe angelegener Bürger ausgewiesen, darunter Justizrat Schmidt, der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei und des Stadtrates, Domänenrat Kröckel, Bürgermeister Ring und Postinspektor Lampert.

m. Frankenthal, 26. Juni. Der erste Bürgermeister Dr. Straßer sowie Justizrat Köhler sind am Montag ausgewiesen worden.

m. Birkenfeld, 26. Juni. Am Samstag haben 25 Personen aller Stände und Berufe Ausweisungsbefehl erhalten, der sich auf die Familienmitglieder erstreckt. Die Gründe für die Ausweisungen sind unbekannt. Die Ausgewiesenen sind heute früh auf drei Automobilen unter spontaner Kundgebung der Bevölkerung abtransportiert worden.

Ludwigshafen, 26. Juni. Das „Echo du Rhin“ brachte in seiner Ausgabe vom 22. Juni eine Notiz über die Verhaftung eines Herrn Dingelby der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen. Darin wird Dingelby als Direktionsmitglied der Badischen Anilin- und Sodafabrik bezeichnet. Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist dies unzutreffend. Der verhaftete Dingelby ist lediglich ein jüngerer Angestellter des Direktionssekretariats in Ludwigshafen. Zu der Verhaftung wird uns von dritter Seite mitgeteilt, daß die Dingelbys zur Zeit gelegenen Anlagenecke kaum zutreffen könnten, da er in der Deffentlichkeit kaum hervorgetreten ist.

Seidelberg, 26. Juni. Gestern abend kamen hier 25 Personen aller Stände und Berufe an, die mit ihren Familien aus unbekanntem Grund aus Birkenfeld ausgewiesen worden waren.

Eine neue Verhaftung in Offenburg.

Offenburg, 26. Juni. Der Gefängnisaufseher Grundel in Offenburg ist von den Franzosen verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte, weil Grundel das Verlangen eines untergeordneten französischen Beamten, das Gefangenenebuch voranzustellen, abgelehnt hat. Wie sich nachträglich herausstellte, handelte es sich für den Straburger inhaftierter Verbrecher früher im Offenburger Gefängnis war. Auf diese bestimmte Anfrage hätte der Franzose selbstverständlich ohne weiteres Auskunft erhalten. Da aber das französische Verlangen, obgleich es nur eine Auskunft einzuholen hatte, wie zu einer Revision des Gefangenenebuchs erbrachte, war die Abweisung durch den Gefängnisaufseher selbstverständlich.

Absperrung des Karlsruher Rheinhafens.

Gestern morgen sperrten die Franzosen überausenderweise den Rheinhafen von jedem Verkehr ab. Von den Franzosen wurde eine Durchsuchung der bei der Solaverladung beschäftigten Arbeiter vorgenommen. Der Verkehr war nachmittags 3 Uhr immer noch unterbrochen.

Ueber die Ursache können nur Vermutungen ausgesprochen werden.

Auswärtige Staaten.

Noch keine Lösung der belgischen Ministerkrise.

m. Paris, 26. Juni. (Drahtber.) Der „Reit Parisien“ erzählt aus Brüssel, daß man hinsichtlich der Lösung der Ministerkrise nicht weiter gekommen sei, als man vor acht Tagen bereits gekommen war. Theunis gebe unter diesen Umständen von seinem Entschluß Mitteilung, auf die Bildung des Kabinetts zu verzichten. Wenn bis Mittwoch keine Verständigung unter den Parteien erzielt sei und Theunis auf die Bildung des Kabinetts verzichte, fürchte man, daß keine andere Lösung möglich sei, als die Auflösung des Parlaments und die Ernennung von allgemeinen Wahlen.

m. Paris, 26. Juni. (Drahtber.) Das Journal des Debats berichtet aus Brüssel zum Stande der Ministerkrise: In politischen Kreisen herrscht der größte Pessimismus. Man sieht noch immer da, wo man in den ersten Tagen gefand hat, daher wird vermutet, daß Theunis heute abend darauf verzichten, den Widerstand der vlamischen Katholiken überwinden zu wollen, und daß er den Auftrag in die Hände des Königs zurücklegen wird.

Vom Völkerverbund.

m. Genf, 27. Juni. Das Finanzkomitee des Völkerverbundes hat heute seine 10. Sitzung abgehalten. Das Komitee nahm Kenntnis von der Abfertigung der Sachverständigen über die Fragen der Doppelbesteuerung und der Steuerfreiheit. Es hat auch einen Bericht von Volkmann über die finanzielle Lage von Danzig entgegengenommen.

„Abrüstung“.

m. London, 26. Juni. Baldwin teilte im Unterhaus mit, er werde morgen eine ausführliche Erklärung über die Luftfahrtpolitik der Regierung geben. Dem politischen Berichterstatter der „Evening News“ zufolge werden die wichtigsten Punkte der britischen Luftfahrtpolitik sein: 1. wesentliche Verbesserung der regulären Luftverkehrslinien; 2. wesentliche Verbesserung der Luftreserven und die Schaffung einer territorialen Luftstreitmacht. „Pall Mall Gazette“ erklärt, die britischen Luftstreitkräfte würden auf hundert Biegeabteilungen erhöht werden.

Jahreskonferenz der englischen Arbeiterpartei.

m. London, 26. Juni. Wie die Blätter mitteilen, wird morgen die Jahreskonferenz

Theater und Musik

Berliner Theater. Dreißig Jahre des Krieges. Walter Bloem mag es, noch einmal die Szene zum blutigen Tribunal des Weltkrieges zu wandeln. Die Menschheit will jenen schweren Träumen fliehen, an sie gemahnt mit tauend wachen Schmerzen. In einer späten Zeit wird die dichterische Sentimentalität des Weltkrieges reifen. Doch für Walter Bloems Drama, die Schreden des Schlachtfeldes aufzuweisen (in drei Akten: „Leben“, „Tod“, „Auferstehung“), spricht des Verfassers Optimismus. Wer mit so lebensbejahendem Glauben (an den künftigen Segen des Friedens) der Hölle standhält, der soll auch in unferer hoffnungsarmen Nachkriegszeit willkommen sein. Am stärksten ist dieser gute Sinn der Erbese des jungen Menschen aufgeprägt, dem die Nonne den einzigen Ausweg Frauenklöster schenkt. Weil hier das Meinungsliche vor dem Kriegsgeschichtlichen steht — und die ewige Liebe mit Krieg und Tod verknüpft. Die Zukunft des Steinfelder Schloßparktheaters ließen sich auf eine Unterscheidung der schonwährenden literarischen Werte nicht ein. Sie sprachen das Urteil „Erfolg“ im summierten Verfahren.

„Christanthus und Daria“. Im Theater am Kurfürstendamm ließ die katholische Calderon-Gesellschaft das deutsche Bühnenhüter fremde Wesensdrama ihres Schutzpatrons durch ein von Ernst Ludwig Mäcker zusammengestelltes schlichtes Schauspielensemble aufführen. Unter den 181 Theaterstücken des großen Spaniers hat man gerade die römische Märtyrerdramme „Christanthus und Daria“ gewählt, in der von Calderons zwei Seelen, der übermütigen und der sinnlichen, die religiöse fast allein schwebt und weht. Als Geißel, im Hause der Mutter Schopenhauers, Calderons „Standhaften Prinzen“ vorlas, wurde er von der Urpoese der Dichtung so überwältigt, daß ihm die Stimme verfiel

und er das Buch in tiefer Erregung fortwarf. Vor ähnlicher Erschütterung abgehoben, belauschten der Radempfindung fähige Zuschauer den heroischen Eifer des Liebespaars und des alten Priesters Carpoporus, die da Schmach und Tod der Christenverfolgung für ihren Glauben auf sich nehmen. In seiner primitiven Kunstform wach die alte Kleinode immer noch das Interesse kunstfertiger Sammler, die einen Hauch von Calderons farbigen Geist nicht zuletzt aus der kühnen Paarung religiöser Weisheit und weltlichen Sinners empfangen. Nur ein einziger von den neun Akten hat echten dramatischen Puls. In ihm ist zusammengefaßt die seltene Erinnerung (Hindichtung) des todberaubten Priesters, das vom eigenen Vater über den jungen Christen verhängte Todesurteil, die gefühlsmäßige Befreiung der Daria zum Glauben des Geliebten, die im Zeichen des Todes geschehene Schicksalsgemeinschaft von Mann und Frau (also doch eine Nothilfe von Gros und Echos), des Vaters Schmerz und in seinem Herzen der Streit von physisch-gevoltem Haß und naturgewollter Liebe. All dies wird roch und knap erledigt, während sich im Stück dramatische Größigkeiten (A. B. über die Dreifaltigkeit) breit ausbreiten. Hier hätte ein entschlossenes färgendes Verfahren die dramatische Ader härter fähnen, ohne den religiösen Charakter der Dichtung zu schädigen. Ernst Ludwig Mäcker hatte die Aufführung sorgsam vorbereitet.

Strindberg-Aufführung in Jena. Die freie Volkstheater in Jena, die unter Dr. Hermanns Leitung besteht, ist die neueren Dramatiker, und zwar ausschließlich nach ihrem literarisch-theatralischen Gewicht zu Worte kommen zu lassen, lenkt zurzeit die gespannte Aufmerksamkeit des gesamten, am Theater interessierten Deutschlands auf sich. Unter den zahlreichen Aufführungen, die sie in der kurzen Zeit ihres Bestehens zustande brachte, stellte sie auch Strindbergs hinterlassenes Fragment „Der Holländer“ erstmalig unter das Licht der Rampe. Ein mutiges und in hohem Grade dankenswertes Unternehmen; wichtig, weil das Stück mit seinen langen, in Dialogform gehaltenen Monologen und

seiner ermüdenden Klagekritik der Bühnenwirklichkeit entzehrt und in seiner fragmentarischen, unfertigen Form kaum als Kunstwerk zu bewerten ist; dankenswert, weil kaum ein anderes Werk des schwedischen Nischen-Dorfs die Persönlichkeit des Dichters in seinen bedeutungsvollen, wissenschaftlichen so sichtbar widersteht. Eine psychologische Autobiographie, die niemand entgehen darf, der neben den Werken Strindbergs auch dessen Persönlichkeit zu kennen und erkennen trachtet. Regie und Spiel in hervorragender Weise fanden auf seltener Höhe.

Der Uraufführung folgte Bedekinds „Tod und Teufel“, wegen der glänzenden Aufführung besonders bemerkenswert. Der glühende Odem des geistvollsten Dichters wehte von der Bühne, aufwühlendes Ringen tiefleidenden Menschentums gab die Aufführung dieses Stückes, das so oft als eine zynisch-bizarre Probe angekreht, überipster Dialekt wirkt.

Amerikanische Konzerte.

Baderenski, der gemene Ministerpräsident Polens, hat seit November letzten Jahres seine Kongressfähigkeit wieder aufgenommen und der Politik wohl für alle Zeit Valet gesagt. Er ist in dieser seiner dritten amerikanischen Saison 66 mal vor dem amerikanischen Publikum aufgetreten, und jedes Auftreten brachte ihm im Durchschnitt 7000 Dollars ein, der letzte Abend in New York allein 9450 Dollars. Das Gesamthonorar für die jetzt abgeschlossene Saison beläuft sich auf 460 000 Dollars. Möge unseren deutschen Künstlern, die die neue Welt bereisen, ein gleiches Glück beschieden sein!

Literatur

Staatsgedanke und Staatslehre der Griechen. Von Professor Dr. M. Volkens. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig. 1923. Die Staatsgedanken und Staatsanschauungen der Griechen haben nicht nur die Anschauungen der Antike beherrscht, Männer wie Machiavelli und

Montesquieu haben ihr politisches Denken an der Antike geknüpft, und ganz unmittelbar ist der Einfluß, den das Idealbild der alten Republik und der griechischen Freiheitslehren auf das politische Bewußtsein und die republikanischen Ideen der Neuzeit gewonnen hat. Wo hat der Ruf: Freiheit und Gleichheit! zuerst seine faszinierende Wirkung geübt? Doch nicht auf den Gassen von Paris, sondern auf dem Markt des verfallenen Athen, ist von dort aus in die griechische und römische Staatslehre und weiter zu den modernen Naturrechtslehren gedrungen, die aus den ursprünglichen Bürgerrechten die unveräußerlichen Menschenrechte machten und damit den in der Masse vorhandenen Stimmungen und Erregungen zum Ausdruck und wachen Schlagwort verhalfen. So ist ein Buch über die Staatsgedanken der Griechen gerade ein aktuelles Buch und muß von jedem gelesen werden, der die Grundlagen unseres heutigen staatsphilosophischen Denkens verstehen will. Volkens weiß den Stoff überaus lebendig und anschaulich zu meistern. Was aber kein Buch besonders bedeutsam macht, ist die wissenschaftliche Arbeit, auf der es beruht. Wir empfehlen das Buch nicht nur den politisch interessierten Lesern, sondern auch jedem, der über die Geschichte des Altertums näher unterrichtet zu werden wünscht.

Unser einziges Ziel.

„Mein lieber Max, nimm meine künftigen Glückwünsche für Dich selbst und für Dein Vaterland an... Meine einzige Furcht ist, die Deutschen möchten... ihr Augenmerk von dem abwenden, was sie mächtig angeht: die Wiedereroberung des Elsaß, das ihnen gehört, damit der Frauemann auch seinen Fuß breit Land mehr am Rheinfuß besitzt. Aus dem Rhein ein Wort zu machen, das kein Franzose mehr auszusprechen Gelegenheit findet, muß das einzige Ziel aller denkenden Deutschen sein, und dies allein...“

Dein C.“ (Aus einem Brief von Charles Kingsley an Professor Max Müller in Oxford; Herbst 1870.)

Der Arbeiterpartei eröffnet werden, an der Delegierte aus allen Teilen des Reiches teilnehmen werden.

Internationaler Luftfahrerkongress

London, 26. Juni. Der Pring von Wales eröffnete heute in London den siebenten internationalen Luftfahrerkongress. U. a. sind vertreten: England, Frankreich, Amerika, Italien, Schweiz, Belgien, Japan, China, Brasilien, Dänemark und Holland, sowie Polen.

Polen und Rumänien

Warschau, 26. Juni. Am Sonntag vormittag ist das rumänische Königspaar in Warschau eingetroffen. Am Bahnhof wurde es vom Präsidenten der Republik, dem Ministerpräsidenten, dem Kriegsminister und den Präsidenten der Kammer und des Senats, dem Generalstabschef und dem diplomatischen Korps empfangen.

Madrid, 26. Juni. Anlässlich der Tagerkonferenz in London wendet sich „Informaciones“ in scharfen Ausdrücken gegen den französischen Imperialismus, der auch Spanien bedrohe. Das Blatt wiederholt die Beschuldigung, dass Kabinets durch die französische Kolonialpartei unterstützt würden und nimmt Stellung gegen die unfreundlichen Beziehungen des französischen Ackerbauministers über die spanischen Weine.

Deutsches Reich

Deutsch-russische Verhandlungen zur Ausgestaltung des Rapallo-Vertrages

Berlin, 26. Juni. (Drahtber.) Heute ist im Auswärtigen Amt die deutsch-russische Kommission für die Verhandlungen zur Ausgestaltung des Rapallo-Vertrages unter dem Vorsitz des Wirkl. Geheimrat v. Koerner zusammengetreten. Von Seiten Russlands nehmen an der ersten Sitzung teil: Botschaftsrat Brammann-Brodowski, Botschaftssekretär Jakubowitsch, Legationsrat Dr. Rudenko, von der ukrainischen Botschaft Prof. Dr. Goldstein, Dr. Rappaport, der Rechtsbeistand der russischen Botschaft, Dr. Blumenfeld, der Sekretär der ukrainischen Konsularabteilung. Nach Austausch gegenseitiger Begrüßungen wurden Fragen der Geschäftszurichtung besprochen. Darauf wurde beschlossen, zunächst in die Beratung eines Konsularvertrages einzutreten.

Die Verhandlungen um die wertbeständigen Löhne

Berlin, 26. Juni. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ werden voraussichtlich am Mittwoch in der Zentralarbeitsgemeinschaft die Verhandlungen über die Frage des wertbeständigen Lohnes wieder aufgenommen werden. Die Arbeitgebervertreter ebenso wie die Gewerkschaften treten heute zusammen, um die Angelegenheit zu klären, die in der Kommission zur Beratung des ganzen Fragenkomplexes berufen sind. Die im Gewerkschaftsring zusammengeschlossenen Arbeiter- und Beamtenverbände vertreten die Auffassung, dass eine einseitige Angleichung der Löhne und Gehälter an die Geldentwertung auf dem Wege einer gesetzlichen Regelung erfolgen müsse.

Berlin, 26. Juni. (Drahtber.) Ueber die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium am 25. Juni wegen der Wertbeständigkeit der Löhne sind in der Presse Notizen erschienen, wonach der Arbeitsminister von sich aus auf gesetzlichem Wege vorgehen werde, falls eine Einigung innerhalb der Zentralarbeitsgemeinschaft über die Durchführung der Anpassung der Löhne und Gehälter an den verbesserten Index nicht erzielt werden sollte. Das könnte irrtümlich dahin verstanden werden, dass das Reichsarbeitsministerium schon jetzt entschlossen sei, die Anpassung an den Index durch Gesetz vorzuschreiben. Das Reichsarbeitsministerium weist demgegenüber ausdrücklich darauf hin, dass es bei der Frage, wie die Anpassung durchzuführen sei, noch nicht endgültig Stellung angenommen habe. Die bisherigen Verhandlungen dienen lediglich zur Klärung der verschiedenen Meinungen. Endgültige Beschlüsse sind bisher nur hinsichtlich der Verbesserung des Index gefasst worden.

Die Einkommensverhandlungen im Versicherungs-gewerbe

Berlin, 26. Juni. Nach einer Mitteilung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (G.D.A.) haben die Verhandlungen über die Besätze der Angestellten im Versicherungsgewerbe für den Monat Juni zu dem Ergebnis geführt, dass die Tarifbesätze für Besoldung und Angestellte bis zum vollenenden 17. Jahre um 130 Proz., für alle übrigen Angestellten um 140 Proz. erhöht werden.

Vom Wohnungsausgleich des Reichstages

Berlin, 26. Juni. (Drahtber.) Der Wohnungsausgleich des Reichstages führte keine Beratungen über den Gesetzentwurf zur Änderung der Einkommenssteuer. Maßnahmen wegen Wohnungsmangel fort. Er kam u. a. zu dem Ergebnis, dass die Gebäude und Räume der Behörden und öffentlichen Körperschaften dem Zugriff des Wohnungsamtes ebenso unterliegen sollen, wie es bei privaten Häusern der Fall ist.

Ein politischer Mord

Berlin, 26. Juni. Wie das Polizeipräsidium Berlin mitteilt, ist es der Berliner politischen Polizei gelungen, einen politischen Mord der Hochschulleute aufzudecken. Angehörige von medienbaurischen Hochschulgemeinschaften haben vor einiger Zeit einen ge-

wissen Cadow, der bis vor kurzem gleichfalls einer Hochschulgemeinschaft angehörte, in der Nähe von Parchim ermordet, dann erschlagen und die Leiche in einem Wald vergraben, weil sie Cadow im Verdacht des Doppelspiels mit der kommunistischen Partei hatten. Vier am Mord Beteteiligte wurden festgenommen, gegen drei bisher noch nicht Ergreifene ist Haftbefehl erlassen worden. Alle Sieben waren Mitglieder der in Mecklenburg noch nicht aufgelösten Deutsch-Völkischen Freiheitspartei und Angehörige des Vereins für landwirtschaftliche Berufsbildung.

Berlin, 26. Juni. (Drahtber.) Das Polizeipräsidium teilt mit: In der Mecklenburger Mordangelegenheit nahm die Berliner politische Polizei heute früh zwei weitere Personen fest, die im Verdacht der Mordbegünstigung stehen.

Politische Zusammenstöße

W. Gieseler, 26. Juni. Hier ist es zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Vereinigung „Stahlhelm“ gekommen. Dabei wurde ein Stahlhelmer durch Oberstleutnant Schuler verletzt. Etwa 18 Personen wurden durch Stöße und Schlagmühen leicht verletzt. Letztere hat es, wie eine Meldung zu berichten weiß, nicht gegeben.

Streik in der Berliner Holzindustrie

Berlin, 26. Juni. (Drahtber.) In der Berliner Holzindustrie sind heute die Arbeiter wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten.

Ein neuer Beweis für die Leistungsfähigkeit der deutschen Großfunkstellen

Berlin, 26. Juni. Infolge des Abkommens zwischen der niederländisch-indischen Telegraphenverwaltung und den beteiligten Nachrichtenagenturen wurden nunmehr erfreulicherweise möglich, daß von der Großfunkstelle Neuen ausgediente Funkpressenrichte allgemeinen Inhalts auch in niederländisch-indischen Aufgenommen und der niederländisch-indischen Presse zugeleitet werden. Die regelmäßige Aufnahme der Nachrichten von Neuen in niederländisch-indischen in ein neuer Beweis für die Leistungsfähigkeit der deutschen Großfunkstellen, deren Zeichen, wie bekannt, in allen Weltteilen gehört werden können.

Ein vernünftiger Gedanke

München, 26. Juni. Im Staatshaushalt des Bayerischen Landtags sprachen sich Abgeordnete aller Parteien grundsätzlich für eine Reformbedürftigkeit aller Parliamente aus. Der Regierung wurde nahegelegt, wegen einer Beschränkung der Mandatszahlen auch beim Reichstag mit den einzelnen Ländern und der Reichsregierung in Verbindung zu treten.

Schlagerfeiern in Bayern

Schlager gehörte dem C. B. (Kartellverb. d. kathol. deutschen farbentragenden Verbindungen) an. Nachdem nun der Münchner C. B. eine Trauerfeier, der auch Minister Schwyer beiwohnte, veranstaltete, folgte ihm der Augsburger C. B.-Führer. Auch in Erlangen hielt die dem Verband angehörige Verbindung Gotha eine Trauerfeier für Schlager ab und gedachte auch durch einen Trauertag die von den Franzosen hingerichteten deutschen Helden. Dem Trauertagsteilnehmer wohnten auch der Rektor der Universität Erlangen, Vertreter der Stadt, Offiziere der Reichswehr und die Burschenschaft Bubenruthia bei. Auch der Regensburger C. B. gedachte durch eine Trauerfeier Schlagers.

Badischer Landtag

Karlsruhe, 26. Juni. In Erwartung der Verhandlung von Beamten- und Erwerbslosenfragen sind die Tribünen überfüllt. Zunächst wurde der Antrag des Amtserziehungs-Ministers auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Bodt (Komm.) auf Antrag des Geschäftszurichtungs-Ausschusses einstimmig abgelehnt. (Der Antrag des Mannheimer Amtserziehungs-Ministers wegen angeblicher Beleidigung durch die Presse gestellt worden.)

Im folgenden berichtete Frau Abg. Riegel (Str.) über

die Novelle zum Besoldungsgesetz

Nachdem der Reichstag am 7. Juni den Entwurf zur Ergänzung der Besoldungsordnung angenommen hatte, ist auch in Baden eine Aenderung notwendig geworden, welche schon allein durch die rasende Geldentwertung bedingt ist. Das Gesetz schien zwar in sozialer Hinsicht denkbar, aber eine Ablehnung wäre wegen der katastrophalen Wirkung auf die Beamten nicht möglich gewesen. Auch für die Pensionäre bringt das Gesetz Vorteile. Der badische Regierung sei es zu verdanken, daß sie die Aenderung der Spannung zwischen den Ortsklassen erreicht hat. Baden ist nicht ein Land mit großen Vermögensunterschieden, sondern ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Die Kinderzuschläge sollen nach dem neuen Gesetz in Zukunft bedingungslos bis zum 16. Lebensjahr bezahlt werden. Das wichtigste des gesamten Besoldungsgesetzes ist der Einbau der Teuerungszuschläge in die Grundgehälter, um das Gleichgewicht der angewachsenen Teuerungszuschläge zu erreichen. Der Anfangsgehalt in jeder Gehaltsgruppe beträgt jetzt 75 des Grundgehaltes. Die Reduzierung beantragte darnach noch einige vom Haushaltsausschuß an dem Gesetzentwurf vorgenommene Aenderungen. Eine dieser Aenderungen betrifft das Ruhegehalt des früheren Staatspräsidenten Weich, das künftig 50 Proz. eines Ministergehaltes betragen soll. (Die Wiedererhebung vom Ausschuss angenommenen Entschädigung ist nicht möglich, da der Inhalt dieser Entschädigung infolge der auf der Tribüne herrschenden Unruhe unverständlich war.)

Weiterhin berichtete Abg. Frau Riegel (Str.) über

den Beamtenurlaub

und stellte den Antrag, daß dieser Urlaub nach der vom Staatsministerium getroffenen Regelung durchgeführt wird. Der Beamtenurlaub soll künftig in den Besoldungsgruppen 1 bis 4

je nach dem Alter 14 bis 28 Tage, in der Besoldungsgruppe 5 und 6 18 bis 31 Tage, in den Besoldungsgruppen 7 bis 8 21 bis 31 Tage, in der Besoldungsgruppe 9 21 bis 35 Tage, in den Besoldungsgruppen 10 und 11 28 bis 35 Tage und in den Besoldungsgruppen 12 und den folgenden 35 bis 42 Tage, je nach dem Lebensalter betragen.

Im Zusammenhang damit beantragte Abg. Hanemann (D.P.) einen von seiner Fraktion und Mitgliedern der Deutschen Volkspartei und des Landbundes unterzeichneten Antrag, in dem der Regierung wegen der Art der Beantwortung einer Anfrage über den Stand des Beamtenurlaubs Mißbilligung ausgedrückt wird.

Abg. Weber (D. Vp.) gab der Ansicht Ausdruck, daß die Beamten grundsätzlich das Recht für sich in Anspruch nehmen dürfen, daß sie auf die gleiche Urlaubszeit Anspruch haben, wie die neben ihnen beschäftigten Reichsbeamten. Auffallend sei aber der Ton, in dem einige Beamteneingaben gehalten gewesen seien; nicht zu billigen sei der Schritt der badischen Beamenschaft, die sich an die Reichsregierung wandte, diese möge gegen die Urlaubsverfügung der badischen Regierung einschreiten. Den Antrag des Haushaltsausschusses lehnen wir ab.

Abg. Bodt (Komm.) sprach gegen die den höheren Beamten angeprochene längere Urlaubszeit und wandte sich gegen die Behandlung, die nicht der Koalition angehörende Abgeordnete von manchen höheren Beamten erfahren.

Abg. Mater (Soz.): Wenn wir den Standpunkt der Kommunisten einnehmen, die den Gesetzentwurf ablehnen, so bekämen die Beamten am 1. Juli kein Geld. Wir müssen daher dem Reich vorstellig werden, daß es soziale Verbesserungen im Reichsbesoldungsgesetz vornimmt. Von einer völlig gleichmäßigen Bezahlung aller Beamten, wie dies die Kommunisten wünschen, kann natürlich keine Rede sein, aber den unteren Gruppen der Besoldungsordnung muß ein menschenwürdiges Leben gewährleistet werden. Die vorläufige Regelung der Urlaubsfrage erscheint uns erträglich. Wir glauben aber, daß in Balde die Reichsregierung die ganze Frage für das gesamte Reichsgebiet regeln sollte. Den deutsch-nationalen Antrag mit dem Mißtrauensvotum werden wir ablehnen. Während Redner im folgenden gegen den Landbund wegen seiner Untergriff zu dem deutsch-nationalen Antrag polemisiert, ruft Abg. Herle (Landbund): „Nigel! — Der Präsident rügt diesen Zirkus.“

Abg. Witte mann (Str.): In der Besoldungsordnung muß die Spannung der unteren und oberen Gruppen bestehende Spannung gemildert werden. Die Bezahlung der unteren Gruppen ist bringen verbesserungsbedürftig. Die Urlaubsfrage sollte vom Reich einheitlich geregelt werden. Dem Mißbilligungsantrag der Deutschnationalen werden wir nicht zustimmen.

Abg. v. Au (Landbund): Es steht fest, daß wir viel zu viel Beamte und Angestellte im Staat, im Land, in den Gemeinden und im Reich haben. Hier muß abgebaut werden. Die jetzige Regelung der Urlaubsfrage findet unsere Zustimmung. Die unteren Beamten sollen aber in der Bemessung des Urlaubs nicht zuviel von den oberen Beamten entfernt sein. Die Behandlung der kurzen Anfrage der Deutschnationalen durch den betreffenden Ministerialbeamten war nicht zu billigen.

Abg. v. O. (Landbund): Ich kann das Bedenken nicht unterdrücken, daß durch eine zu weitgehende Ausdehnung der Grenzen der oberen Beamten gegenüber den mittleren und unteren Beamten die Qualität der Leistungen der oberen Beamten erheblich beeinträchtigt werden kann. Auch sind doch die Kulturbedürfnisse recht verschieden. (Zuruf des Abg. Bodt (Komm.): Auch der Proletariat hat Kulturbedürfnisse!) Ich spreche nicht vom Proletariat. Die Urlaubsfrage sollte eine gleichmäßige Behandlung für Reich und Länder erfahren. Dem Antrag Hanemann können wir nicht zustimmen. Ein Antrag zur Mißbilligung liegt nicht vor, denn die Antwort der Regierung war sachlich.

Abg. Mayer (Deutschn.) befahte sich mit der Art der Behandlung der kurzen Anfrage seiner Fraktion. Die der Regierungsbankrotts folgende Heiterkeit der Mehrheit des Hauses war ein Ausdruck der Schadenfreude, daß die Deutschnationalen eine Ohrfeige bekommen haben. Die Antwort der Regierung ist somit als Scherz aufgefaßt worden. Die Urteile über einen Monat können zu Kritik Anlaß geben. Mit der Festsetzung des Ruhegehalts des früheren Staatspräsidenten Weich sind wir nicht einverstanden.

Staatspräsident Kammelfe: Ich muß den Vorwurf zurückweisen, als ob die Regierung sich demüßigt, recht unbillig zu sein. Der Herr Finanzminister wollte dem Antragsteller weder zuzuhören noch ihn beleidigen. Zur Urlaubsfrage möchte ich bemerken: Wir haben es abgelehnt, etwa unter irgend einem Druck zu verhandeln. Wir haben auf Grund unserer ehrlich gewonnenen Ueberszeugung gehandelt.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde mit Mehrheit angenommen. In einer persönlichen Bemerkung wurde vom Abg. Weber (D. Vp.) festgestellt, daß es sich nicht um ein Mißtrauensvotum handelt, sondern nur um den Ausdruck der Mißbilligung. Bei der Abstimmung über das Besoldungsgesetz wurde die Bestimmung über das Ruhegehalt des ehemaligen Staatspräsidenten Weich mit Mehrheit angenommen und der Antrag Hanemann (Mißbilligung) abgelehnt. — Schluß der Sitzung 8 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch vormittag 10 Uhr. — Fortsetzung der Tagesordnung.

Förmliche Anfrage

Karlsruhe, 26. Juni. Im Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion eine förmliche Anfrage über die Verteilung eines nationalsozialistischen Flugblattes unter der Studentenschaft der Karlsruher Hochschule eingebracht.

Berschiedene Drahtmeldungen

Notlandung eines Postflugzeuges

Stuttgart, 26. Juni. Von ausländischer Seite wird gemeldet: Am letzten Donnerstag mußte in der Nähe von Marbach ein Flugzeug der Compagnie Franco-Rumaine infolge Motordefektes eine Notlandung vornehmen. Das Flugzeug, das dem Postverkehr zwischen Frankreich und Rumänien dient, ist Privateigentum der obengenannten Gesellschaft, die keine Erlaubnis hat, ihre Fahrzeuge über Deutschland fliegen zu lassen. Der Flugzeugführer wurde zunächst in Schutzhaft genommen, aber am Freitag wieder auf freien Fuß gesetzt. Das Flugzeug selbst wurde vorläufig zurückgehalten und nach Stuttgart verbracht, wo es bis zur Entscheidung des Reichsverkehrsministeriums verbleiben soll.

Bombenexplosion im Wiesbadener Hauptbahnhof

Wiesbaden, 26. Juni. (Drahtber.) Heute vormittag 5 Uhr explodierte im Schalterraum des hiesigen Hauptbahnhofs eine Bombe, die fast sämtliche Scherben und einen großen Teil der Einrichtung zerstörte. Erworndet wurden dabei zwei Deutsche, ein Mann und eine Frau.

Millionenunterzahlungen

München, 26. Juni. Vor dem Schwurgericht München fand heute die Verhandlung gegen den 50jährigen Oberpostinspektor Passinger statt, der beschuldigt war, vom Jahre 1920 bis zu seiner Verhaftung im Februar 1923 aus den durch seine Hände gehenden Auslandszahlungen, Briefen und Wertpapieren Mark in Höhe von 76 Millionen Mark entwendet zu haben. Die Anklage lautet auf fortgesetzte Unterschlagung im Amte und zusammenhängend fortgesetzte Urkundenunterdrückung. Passinger wurde zu sechs Jahren Zuchthaus, 100 000 M. Geldstrafe und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Autounfall des amerikanischen Präsidenten

Denver, 26. Juni. Mehrere Begleiter des Präsidenten Harding, der sich gegenwärtig auf einer Propagandareise nach dem Westen befindet, sind bei einem Automobilunfall verunglückt. Der Vertreter des Nationalautoschaffers der republikanischen Partei, Curtis, und der Chauffeur fanden den Tod. Drei Journalisten wurden schwer verletzt.

Berlin, 26. Juni. Nach einer Meldung des Berliner Volksanzeigers ist in Ehrenfeld bei Hannover eine Typhus-epidemie ausgebrochen. Bis jetzt sind etwa 60 Erkrankungen zu verzeichnen.

Newyork, 26. Juni. (Drahtber.) Gestern früh um 10 Uhr im Broadway-Geschäftsviertel zwei Hochbahnwagen vom Bahnamt auf die Straße, wobei 6 Personen getötet und 40 verwundet wurden.

Sport-Spiel

Motorfahren

Motorradrennen in Berlin. Bei der Straßenmeisterschaft des Deutschen Motorradclubs, vom Deutschen Motorradfahrer-Verband auf dem Hans anstalt, war der Motorradklub Berlin mit 9 Punkten vor der Vereinigung Nürnberg-Bayern Motorradfahrer mit 14 und dem Chemnitzer Motorradklub mit 20 Punkten siegreich. Die schnellste Zeit des Tages erzielte Retienne (Mabeco) mit 99,700 Stundenkilometern. Die Sieger der Hauptklassen sind: 500cc-Klasse: 1. Gude-Berlin (Mabeco) 14:00,6. Motorrad bis 200 ccm, 26,380 km. 1. Gude-Berlin (Mabeco) 19:21 bis 250 ccm, 26,380 km. 1. Gieromms-Nürnberg (Sünbapp) 21:31,2 bis 350 ccm, 34,880 km. 1. Preis v. Doel (Doel) 24:04 bis 500 ccm, 34,880 km. 1. Hölke-Berlin (Victoria) 41:40,6 bis 750 ccm, 34,880 km. 1. Retienne (Mabeco) 39:58 bis 1000 ccm, 34,880 km. 1. Rohner (Mabeco) 21:27,6.

Fußball

Heidelberg — S. f. S. Südklub. Heute abend 1/7 Uhr treffen sich auf dem Sportplatz hinterm Hauptbahnhof beide Mannschaften zu einem Propagandaspiel. Der Retirerklub des Südklubs steht einem verunglückten Spieler des S. f. S. Südklubs die Führung des anten Zwecks wäre ein guter Besuch zu wünschen.

Gauvolk-Entschidungsspiel. Anielingen 1 (A.R.) — S. f. S. (Stammansicht) 1:1. Bei herrlichem Wetter trafen sich am Sonntag nachmittags die beiden Mannschaften auf dem Anielinger Platz zum fälligen Gauvolkspiel. Gleich zu Beginn entwickelte sich ein temperamentvolles Spiel, in dem S. f. S. die Führung an sich reißen konnte. Erst nach Halbzeit fand sich der Platinhaber zusammen und stellte so das Gleichgewicht her. Anielingen legte wuchtige Anstöße gegen das S. f. S.-Tor vor, die jedoch jeweils an der andersseitigen Hinterranke von S. f. S. scheiterten. Erst etwa 20 Minuten vor Schluß erfolgte durch den Rechtsinneren der Anielinger, Schütz, die Führung, die es bis zum Schluß des Spiels, dem Herr Fritz vom S. f. S. Karlsruhe ein guter Leiter war. Falls Anielingen gegen S. f. S. Pfenheim sein letztes Spiel gewinnt, werden sich die beiden obigen Mannschaften nochmals zu einem Entscheidungsspiel treffen.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe

Dienstag, den 26. Juni 1923.

Die gestern über Norddeutschland lagern Regenfront ist südlich vorgedrungen und hat uns über Nacht Regenschauer mit Abkühlung gebracht. Von Westen her gewinnt jetzt aber wieder ein großes den atlantischen Ozean bedeckendes Hochdruckgebiet Einfluß. Nach Schiffsnachrichten zieht ein Tiefdruckgebiet in großer Entfernung südlich des 50. Längengrades vor der nordamerikanischen Küste über den Ozean. Sein Regengebiet wird Europa nicht berühren. Es kann daher wieder mit dem Eintritt trockener, heiterer und wärmerer Witterung für die nächsten Tage gerechnet werden.

Wetterausichten für Mittwoch, den 27. Juni:

Nachlassen der Regen, aufheiternd, wärmer.

Aben-Wasserstände morgens 6 Uhr:

Table with 2 columns: Station name and water level. Includes entries for Schutterinsel, Rehl, Maxau, and Mannheim with values in meters and centimeters.

26. Juni

Table with 2 columns: Station name and water level. Includes entries for Schutterinsel, Rehl, Maxau, and Mannheim with values in meters and centimeters.

25. Juni

Table with 2 columns: Station name and water level. Includes entries for Schutterinsel, Rehl, Maxau, and Mannheim with values in meters and centimeters.

Aus Baden

Landesversammlung des Badischen Landesverbandes für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.

Heidelberg, 25. Juni. Am Samstag und Sonntag fand hier die Landesversammlung des Badischen Landesverbandes für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge statt, an der von der Regierung Arbeitsminister Dr. Engler, Vertreter des Justizministeriums und des Ministeriums des Innern, der Landeskommissar von Mannheim und ein Vertreter der Stadt Heidelberg erschienen waren. Außerdem war die Tagung von den charitativen Verbänden des ganzen badischen Landes zahlreich besucht. Auch aus den benachbarten Landesverbänden waren Delegierte eingetroffen.

Oberregierungsrat Dr. Hecht-Karlsruhe leitete die Tagung, die am Samstag vormittag mit einer großen Verammlung begonnen wurde. Der Vorsitzende widmete der verstorbenen Großherzogin Luise und dem früheren Vorsitzenden des Landesverbandes Geh. Rat Dr. Hauser für ihre hohen Verdienste um die Organisation der sozialen Fürsorge tief empfundene Worte ehrenden Gedenkens.

Bei der Erhaltung des Tätigkeitsberichts durch den Geschäftsführer Prof. Dr. Luft-Karlsruhe hob dieser mit Genugtuung hervor, daß die sozialen Fürsorgeeinrichtungen des Landesverbandes sich auch im abgelaufenen Jahr trotz der katastrophal fortwährenden wirtschaftlichen Not behauptet hätten. Der Initiative des neuen Vorsitzenden verbandt der Landesverband bereits eine ganze Reihe statistischer Erhebungen. Gegenüber der Wirtschaft- und Erziehungsfürsorge sei die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge in der letzten Zeit zurückgetreten. Der Tätigkeitsbericht zeigt jedoch Mittel und Wege zum planmäßigen Ausbau der Fürsorgetätigkeit, der Ausbildung der Säuglingspflegerinnen und ihre gesellschaftliche und soziale Vervollständigung. Ein reiches Feld von Aufklärungsarbeit wurde im verflochtenen Jahr behandelt. Freudig begrüßt wurde, daß der Unterricht in Säuglingspflege an den badischen Schulen nunmehr obligatorisch eingeführt ist. Sodann erwähnt der Bericht den großen Mangel an geeigneten Säuglingspflegerinnen, fordert die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft für alle badischen Pflegerinnen-schulen und bedauert den Rückgang der ärztlichen Leiter bei den Säuglingsberatungsstellen, der auf die Unterlassung der Honorierung der Ärzte zurückzuführen ist. Da man ohne ärztliche Mitwirkung keine fruchtbare Kinder- und Gesundheitsfürsorge treiben könne, müßten dringend Mittel und Wege gefunden werden, um diesem Mangel raschstens abzuhelfen.

Im folgenden sprach (nach Erledigung des Referats) der Erziehungsrat Dr. Engler über Fragen der Wohlfahrtsfürsorge, die mit denen der Kleinkinderfürsorge eng zusammenhängen. Er forderte im vaterländischen, volkswirtschaftlichen und moralischen Interesse das Einfamilienhaus beim. Die hygienische Gartenstadtanlage und erkläre, daß diese Bauweise, abgesehen von ihren großen Vorzügen, nicht nennenswert teurer sei als das dreiflügelige Wohnhaus, aber billiger als die fünfzügige Mietskasernen und daß wir auch in jetziger Zeit diese Bauweise ausführen könnten, wenn die Mieter sich daran gewöhnten, eine den tausendfachen höheren Mietpreis an Wohngebühren zu zahlen. Aus den Mietskasernen erwüchsen alle Volkssünden, alles soziale und nationale Elend. Nur auf dem Lande, in der freien Gartenstadt könne ein gesundes, starkes Geschlecht erblühen.

Zugespitzter Luz-Mannheim sprach über die heutigen Aufgaben und Methoden der Jugendpflege und suchte den inneren Zusammenhang zwischen der Kinderfürsorge und der Jugendpflege nachzuweisen.

Schmeier E. Schworer-Karlsruhe erörterte in ihrem Vortrag „Mädchen und Rechte der Säuglingspflegerinnen“ die beruflichen und gesellschaftlichen Schattenseiten dieses Berufes, forderte die jungen, geschulten Mädchen auf, sich diesem Beruf zuwenden zu wollen; die Hausfrauen sollten den Pflegerinnen in ihrem harten Beruf mehr Verständnis, Takt und soziale Einsicht entgegenbringen.

Am Samstag nachmittag fand eine Besichtigung der neuen orthopädischen Anstalt in Schierbach statt. Am Sonntag vormittag wurde die Tagung des Verbandes Badischer Fürsorgefrauen abgehalten, wobei eine Reihe fachwissenschaftlicher Vorträge und die Mitarbeiterfürsorge auf dem Gebiet der Trinkerfürsorge behandelt wurde. Der Sonntag nachmittag war ausgefüllt mit einer internen Mitglieder-versammlung und der Besichtigung der Außenbelianstalt und des Verordnungsamtes.

Karlsruhe, 26. Juni. Am Sonntag fand hier die Generalversammlung der Badischen Beamtenvereinigungen e. V. m. b. H. statt. Der Vorsitzende des Ausschusses, Hauptlehrer Graf, eröffnete die Versammlung, worauf das geschäftsführende Vorstandsmitglied, Postinspektor Mayer, den Geschäftsbericht erstattete. Dieser gab ein Bild der Entwicklung der Bank. Die Mitgliederzahl hat zum Schluß des Geschäftsjahres Ende 1922 nahezu die Zahl 8000 erreicht. Der Gesamtumsatz betrug im ersten Geschäftsjahr bereits 5 1/2 Milliarden. Ein besonderes Ziel hat die Bank in einer möglichst weitgehenden Kreditgewährung an die Mitglieder verfolgt und dies auch in hohem Maße erreicht. Der Gesamtbeitrag der ausstehenden Gewährten beträgt 1/2 Milliarde, in der aber die im Laufe des Jahres gewährten und zurückgekauften sog. Überziehungskredite und Kredite an Ortsstellen und wirtschaftliche Vereinigungen der Beamten zur Deckung von Winterverräten und sonstigen lebenswichtigen Gütern für die Beamtenfamilie nicht enthalten sind. Die Geldverwaltung lag fast ausschließlich in den Händen der Badischen Bank, die durch weitgehendes Entgegenkommen neben der parlamentarischen Wirtschaftsführung der Bank selbst wesentlich zu dem günstigen Ergebnis der Bilanz beitrug. Aus dieser ergibt sich bei Abschreibung der gesamten Einrichtung auf eine Mark noch ein Nettogewinn

von 370 000 M., der in der Hauptsache dem Reservefond zugewiesen wurde. Die von Reg.-Rat Seidel erstattete Rechnungsprüfung wurde genehmigt und Vorstand und Ausschussrat Entlastung erteilt. Zum Schluß gab Hauptlehrer Graf noch einen Ausblick auf die weitere Entwicklung der Bank, wie sie bereits im neuen Geschäftsjahr ihren Fortgang genommen hat.

Wörzheim, 26. Juni. Gegenwärtig schweben wieder Verhandlungen, um den Posten des vierten Bürgermeisters neu zu besetzen. Der Posten soll der Mehrheitssozialdemokratie zugeteilt werden und man hofft, einen für die bürgerlichen Parteien annehmbaren Beamten in der Person des von den Franzosen vertriebenen Bürgermeisters Dr. Binder-Offenburg gefunden zu haben. Dr. Binder wird sich morgen dem Stadtrat und den Parteiführern vorstellen.

Kinzingen b. Bretten, 26. Juni. Das sechsjährige Söhnchen des Landwirts Rudolf Kehler wurde von einem Pferd so unglücklich an den Kopf geschlagen, daß es starb.

Mannheim, 25. Juni. Der gemischte beschließende Ausschuss hat für Juni und Juli eine Erhöhung des Gas- und Strompreises ausgegeben, die die schlimmsten Befürchtungen weit übertrifft. Der Preis für den Kubikmeter Gas wurde auf 2100 M. für die Kilowattstunde Lichtstrom auf 5400 M. festgesetzt. Beim Gaspreis wurde unter Berücksichtigung der Kohlenpreiserhöhung für Juni ein Durchschnittspreis von 1900 M. für Gas und von 4900 M. für Lichtstrom, für Juli ein Durchschnittspreis von 2240 und 5890 M. herausgerechnet. Da die Juli-rechnungen mit Rücksicht auf die Beurlaubung des Ableser- und Erheberpersonals gleichzeitig mit den Juni-rechnungen ausgegeben werden sollen, so einige neue Durchschnittspreise für beide Monate. Die ungeheure Verteuerung wird u. a. damit begründet, daß die benötigten Kohlenmengen zur Hälfte aus dem Ausland beschafft werden müssen. Der Auslandsaufschlag ist bei Gas auf 350 M. für Juni und 400 M. für Juli, bei Lichtstrom auf 450 M. und 600 M. berechnet. Die Wasserminderungsgebühr für Juli wurde auf 16 400 Proz. (einschließlich 3000 Proz. Zuschlag für Auslandskosten) der Mietwerte vom 1. Dezember 1921 festgesetzt. Da die diesjährigen Preise die Kohlenpreiserhöhung vom 25. Juni ab noch nicht berücksichtigt ist, muß für Juli eine nachträgliche Erhöhung vorbehalten bleiben. Die Kanalgebühren wurden von jährlich 141,38 Prozent auf 194,78 Prozent oder monatlich 17 Prozent des Steuerwerts (bei Anschlüssen ohne Zirkulation) von jährlich 108,08 Prozent auf 146,08 Prozent oder monatlich 13 Prozent des Steuerwerts erhöht, die Abwassergebühren von 205 Prozent auf 320,70 Prozent oder monatlich 27 Prozent des Steuerwerts, die Straßeneinigungsgebühren von 191 Proz. auf 290,15 Prozent oder monatlich 24 Prozent des Steuerwerts. Der Ausschuss erklärte sich ferner damit einverstanden, daß sich die Stadtgemeinde gegenüber der hiesigen Sparkasse für die Gewährung eines Darlehens von 30 Millionen Mark samt Zinsen an den Badischen Baubund O. m. b. H. in Karlsruhe verbirgt.

Oberkirch, 26. Juni. (Drahtber.) Bei dem gestrigen dritten Wahlgang zur Bürgermeistereiwahl wurde Hauptlehrer Robert Fellhauer von Durlach mit 56 von 92 abgegebenen Stimmen gewählt. In der Wahl beteiligten sich alle Parteien. Bürgermeister Fellhauer ist kein ausgesprochener Parteimann.

Mixbach, 25. Juni. In einem Freireisgeschäft ist folgendes angefallen: „Käseieren ein Ei, Haarschneiden drei Eier.“

Furmanagen, 26. Juni. Am Sonntag fand die Grundsteinlegung für die Zehlsperre der Stadtgemeinde Wöhrtenbach im Pinachtal statt. Die Feier nahm einen überaus schönen Verlauf.

Freiburg, 26. Juni. Ein 76-jähriger Ehe-mann kam dem Kerzenlicht zu nahe, wodurch sein Hemd Feuer fing. Der alte Mann erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb.

Unterlindenbach (Amt Waldkirch), 26. Juni. Der Landwirt Christoforus Hamann stürzte in der Dunkelheit in der Nähe seines Hauses über eine mächtig hohe Mauer hinunter und zog sich dabei so schwere innere Verletzungen zu, daß er kurze Zeit darauf starb. Der Verlorene hinterläßt mehrere unmündige Kinder.

Stühlingen (Amt Waldkirch), 26. Juni. Bei dem gestrigen Wahlgang wurde der jetzige Bürgermeister Mayer mit 480 Stimmen wiedergewählt.

Oberwiesl (Amt Waldkirch), 26. Juni. Am Samstag nachmittag fiel das 2-jährige alte Kind des Müllers Joseph Hoffmann in den Mühlentbach und ertrank. Die Leiche konnte gegen Abend geborgen werden.

Meersburg, 26. Juni. Am kommenden Samstagabend wird anlässlich des Badischen Städtefestes das alte Schloß beleuchtet.

Willingen (Baden), 26. Juni. Am 17. Juni fand hier eine Sanitätskolonnenübung statt, bei der die Kolonnen des Bezirkes Willingen (Dürheim, St. Georgen, Willingen und Wöhrtenbach) und die Sanitätsmannschaft der Reichswehr zusammenarbeiteten. Ein von dem Kommandant der Sanitätskolonne Willingen, Medizinalrat Dr. Stücker, erfundenes neues Verordnungs-system bewährte sich vortrefflich. Nach dem einstimmigen Urteile aller Fachmänner ist durch dieses System eine bisher vorhandene gewisse Lücke im Rettungswesen der Sanitätskolonnen auf das glücklichste ausgefüllt.

Bretten bei St. Blasien, 26. Juni. Die vor etwa 20 Jahren bei unserm Dorf gemauerten Blei- und Silbergruben sind jetzt von der Bielefelder Bergbau-Aktiengesellschaft in Betriebsbereitschaft mit der Graf-Gesellschaft und der Gemischten Gläudauf-Schwarzwaldbau AG ab und Badenweiler übernommen und in Betrieb gesetzt worden. Seit dem Dreißigjährigen Kriege hat der vorher blühende und umfangreiche Silberbergbau hier erucht, nachdem damals die Verleute vor den Schweden geflohen und selbst ihre Stollen und Schächte veripert und verfallt hatten. Zusammen mit den Erz-beramerken bei Schönaue im badischen Bielefeld, in Uthenfeld und Wieden und den Blei- und Silbergruben bei Badenweiler und Schirren werden die Brendener Erzebergwerke ihre Blei- und

Silbererze in Schirren aufbereiten und im Rheinlande verfrachten lassen. Zurzeit sind zwei Freiburger Geologen mit der Untersuchung der Länge der reichen und zum Teil drei Meter mächtigen Blei- und Silberhaltigen Gänge in Brenden beschäftigt. Als Kuriosum sei bemerkt, daß die Landstraße bei Brenden - offenbar aus Unkenntnis des Materials - zum Teil mit Blei- und Silbererzen geschothert ist. Die Brendener Erze, nicht mit fremden Erzen, wie Ainf, Eisen und Kupfer, vermachen und lassen sich daher leicht aufbereiten und verhütten.

Konstanz, 26. Juni. Seit einigen Tagen weilt das schwedische Königs-paar bei dem ehemaligen Großherzogspaar zu Besuch auf der Mainau. - Die Schweizerzeitung, die seit dem 18. März etwa 900 Konstanzger Personen zuteil wurde, geht jetzt zu Ende. Ein großartiges Werk der praktischen christlichen Nächstenliebe wird damit abgeschlossen. Vielen Hunderten von Konstanzger Familien waren 100 glückliche Tage beschieden.

Aus Nachbarländern

Berrenath, 26. Juni. Am kommenden Sonntag findet wieder ein Gastspiel des Bad. Landes-theaters mit „Der Raub der Sabinerinnen“ statt. Der Bedarfslauf führt 10.40 abends ab Berrenath. Sonntagsfahrten haben keine Gültigkeit. Am Sonntag nachmittag ist ein großes Chor-konzert des Gesangsvereins „Hohenbaden“ im Kur-garten. Es lohnt sich daher, an diesem Sonntage Berrenath zu besuchen.

Aus dem Stadtkreise

Die Bebauung des Platzes vor dem Mühlburger Tor.

Am Mühlburger Tor vollzieht sich zurzeit der Ausbau des Geländes zwischen der Hildbrand-nabe und der Meißelstraße, und zwar, wie am bisher ausgeführten zu erkennen ist, mit wies-sprechend dieser Art der Bebauung in jeder Hinsicht dem ursprünglichen festgelegten und von dem kün-ftigen Beitrag anerkannten Plan, wonach an diese Stelle größere Gebäudegruppen kommen sollten, eine Bebauung, die dort ohne Zweifel das Richtige ist. Wie man hört, soll nun an der Front nach der Kaiser-Allee, der bisherigen Bau-weise entsprechend, ein zweiflügeliges Haus er-richtet werden. Man denke sich: an diesem Platz, der auf der gegenüberliegenden Seite von vier-zügigen Bauten begrenzt ist, in gleicher Front mit den Monumentalgebäuden der Christus-kirche und der Versorgungsanstalt dies kleine Idyll. Die Masse dieses Wohnhauses wird auf jeden Fall viel zu klein sein, und der Einfluß in die mit Wäldchen und hauswirtschaftlichen Dingen verunreinigten Höfe der angrenzenden Hän-ser von der Kaiser-Allee aus wird weder ver-bindert, noch verdeckt werden können.

Warum wird der schon lange festgelegte von der Baukommission anerkannte Plan, wonach hier eine geschlossene dreiflügelige Bau-gruppe vorgesehen war, nicht eingehalten? Warum wird die Platzwand in ihrem not-wendigen, der Situation entsprechenden Aus-maß, wodurch der so wie so schon nach jeder Rich-tung viel zu sehr geöffnete Platz einigermaßen Halt und Geschlossenheit gewonnen hätte, nicht im kühlbedauerten Sinne durchgeführt? Reigt man der Gestaltung dieses außerordentlich wich-tigen Platzes so wenig Bedeutung bei? Und hat man von der Stadtkaufmann eines Weinbrenner so wenig gelernt? Hat überhaupt ein kün-ftiger Beitrag nach Sinn und Zweck, wenn über seinen Kopf hinweg und entgegen den Ansichten sachlicher Autoritäten festliegende und aus-gezeichnete Pläne umgeworfen werden und gebaut wird, wie es gerade der Augenblick gibt und es den zufälligen Interessen eines Architekten oder Unternehmers entgegenkommender Weise ent-spricht? Ist die Bebauung mit Einfamilien-häusern auf diesem Baugelände schon an und für sich heutzutage ein Luxus und - wie sich dies nach dem jetzigen Ausbau zeigen wird - dort ein Fehler, so ist vom städtebaulichen Standpunkt aus ein kleines Haus als Platzwand an der Kaiser-Allee geradezu unmöglich. Diese Vor-leser für Kleinwohnungen kann man auch über-treiben - an Plätze monumentalen Gepräges passen solche Bauten auf keinen Fall.

Siebenbrunn. Der heutige Mittwoch ist ein kostbar allererster Ordnung, heißt es doch nach der alten Wetterregel, daß auf einen regnerischen Siebenbrunnentag eine sieben-tägige Regenzeit folge. Das sollte uns gerade noch! Mit etwas Dangen blüht der Landmann am Siebenbrunnentag nach dem Himmel. Da es aber schon seit mindestens sieben Wochen fast un-unterbrochen regnet, so hat der Siebenbrunnentag die ihm beigegebene volle Bedeutung schon als Vorfrühjahrsfest geleistet und es könnte deshalb nichts schaden, wenn er statt der Regentage sieben Wochen lang Sonnentage beschere würde.

1. August ein Fernbrief 1000 Mark. Nach einer Mitteilung von zukünftiger Seite steht für den 1. August eine weitere Erhöhung der Post-gebühren bevor. Vom Verkehrsbeitrag wird u. a. vorgeschlagen: Fernbriefe 1000 M., Ortsbriefe 400 M., Telegrammgebühren das vierfache vom Post, Telefongebühren das dreieinhalbfache vom Juli.

Unerwartete Sammlung. Ein Kellner von Rad-dolfzell wurde festgenommen, weil er ohne Auf-trag der zuständigen Stelle Gelder für die Er-werblosen sammelte und für sich verbrauchte. Aus diesem Anlaß wurde zwischen Arbeitsamt und Erwerblosenkommission vereinbart, daß von jetzt an die Sammler nur noch berechtigt sind, Zeichnungen entgegenzunehmen. Die ge-zählten Beträge werden dann vom Stadt-Arbeitsamt eingezogen.

Handel mit Käse. Aus der Nahrungsmit-telprüfungsstation wird uns mitgeteilt: Beim Verkehr mit Käse wird in letzter Zeit oft be-achtet, daß der Fettgehalt bedeutend geringer ist, als in den Vorkriegszeiten. Das laufende Publikum kann sich vor Überverteilung beim Käsekauf schützen, indem es den Käse auch nach seinem Fettgehalt bewertet und bezahlt. Rahm-

käse soll mindestens 50 Prozent Fett, vollfetter Käse mindestens 40 Prozent, halbfetter Käse mindestens 30 Prozent Fett auf Trockenmasse berechnet enthalten. Als Magerkäse gilt solcher mit weniger als 10 Prozent Fett in der Trocken-masse. Auch bei Weichkäse (s. B. Camembert) Tafelkäse, Edelweiskäse usw. ist der jeweilige Fett-gehalt für die Güte und Preisbildung maß-gebend. Der unter der Bezeichnung „Weiß-Camembert“, echt mit Baby in runder Holzschachtel, verpackte, hier häufig im Verkehr anzutreffende Käse besitzt nur 8 bis 13 Prozent Fett, während normaler Camembert mindestens 40 Prozent Fett in der Trockenmasse aufweist. Der unter dem Namen „feiner pommerischer Homodour“ Schokolade, „Wie der da“ hier ebenfalls häufig käufliche Käse hat einen Fettgehalt von nur 2,7 Prozent und stellt somit einen sehr fettarmen Magerkäse dar. „Kosowitha“-Käse zeigt einen Fettgehalt von 28,8 Prozent und entspricht somit nur einem halbfetten Käse. Da es bei warmer Bitterung oft vorkommt, daß - besonders Weichkäse - zerläuft, überreift und überreifend wird, ist den Käufern zu empfehlen, sich vor dem Kauf von der Genüßfähigkeit des Käses zu überzeugen.

Das Reichsgesetzblatt Nr. 44 vom 26. Juni 1923 hat folgenden Inhalt: Reunte Ergänzung des Besoldungsgesetzes. - Verordnungen über die Bewilligung von Nichtzahlentilgungsgeldungen auf Grund des Liquidationshöchstabes (Nichtzahlungsverordnungen); Änderung der Postgebühren, Telegraphengebühren, Fernsprechggebühren, der Postordnung, der Postgebühren, der Telegraphenordnung. - Anweisung für den Funktelegraphendienst. - Verordnung zur Änderung der Fernsprechordnung. - Verordnung zur Änderung des § 46 Abs. 2 des Einkommen-steuergesetzes. - Verordnung über den Jahres-arbeitsverdienst der in der Kaufmannschaft, auf Kabellempfänger und Schulstufen sowie in der Hochseefischereiflotte beschäftigten, nach dem vier-ten Buche der Reichsversicherungsordnung ver-sicherungspflichtigen Personen. - Verordnung über Aufhebung der Verordnung über die Regelung der Schmelzfabrikation vom 31. Mai 1920 und der Bekanntmachung über den Verkehr mit ausgebräuter Gasreinigungsmasse vom 25. April 1920.

Unfälle. Am 23. d. M. schaute ein Betriebs-leiter von hier in einer Fabrik in Mühlburg durch die Türe eines elektrischen Aufzuges. Da die Türe plötzlich zuschlug, erlitt er eine Schädel-quetschung. Er fand Aufnahme im Städt. Kran-kenhaus. - Beim Aussteigen aus einem Stra-ßenbahnwagen wurde eine 11-jährige alte Schü-lerin von hier am Karlsruher von einem Personen-kräftwagen überfahren und schwer verletzt. Das Kind wurde mit diesem Auto ins Städt. Kran-kenhaus gebracht.

Veranstaltungen. Sommeroperette im Städt. Konzerthaus. Der Vorverkauf für die erste Operettenaufführung in der Musikalienhandlung Fritz Müller hat bereits begonnen und nimmt einen beschleunigten Verlauf, so daß sich ein guter Besuch voraussetzen läßt. Die Operette „Die Bajadere“ wird die ganze Woche auf dem Spielplan bleiben. Fr. Grete Seelitz vom Vesting-theater Berlin als Gast singt die Melodie. Die Eröff-nungsvorstellung ist Samstag, den 30. Juni, abends 7 1/2 Uhr. Sonntag finden zwei Vorstellungen statt, und zwar nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.

Mitgliederfeier im Konzerthaus. Der Karls-ruber Musikverein wird zur Erhaltung der im Jahre gestifteten Karlsruher Angehörigen der Mit-gliederfeier heute Mittwoch, abends 8 Uhr, im Konzerthaus eine Mitgliederfeier veranstalten. Das Pro-gramm sieht festamatorische und musikalische Darbie-tungen vor. Außerdem wird Herr Dr. Eisenlohr eine kurze Gedächtnisrede halten, an die sich die Vor-führung des bekannten deutschen Mitgliebers, an-genommen im Herbst 1921 von dem Ingenieur Nöden-feller, und des Films über den Abdruck-Beitrag-berwerb 1922 anschließen wird. Die beiden Filme sind eine Meisterleistung auf dem Gebiete der Filmmut und geben ein anschauliches Bild der Bestimmung bei der Abdruck-Beitrag-berwerb und vor allem einen Ein-blick in das Angenehme der Abdruck-Beitrag-berwerb. Bei dieser Gelegenheit ist darauf hingewiesen, daß der Karls-ruber Musikverein die Absicht hat, zum nächsten Herbst eine Denkmalur zu überreichen, in welcher der Lebenslauf der Gefallenen mitgeteilt werden soll. Die Angehörigen werden gebeten, diesbezügliche Mitteilun-gen an Herrn Dr. Eisenlohr, Bahnhofsstr. 8, zu richten.

Gesangsabend Gutmann. Es ist nochmals auf den heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, stattfindenden Ge-sangsabend, den Hr. Gutmann mit ihren Schülern und Schülern veranstaltet, hingewiesen. Karten in der Musikalienhandlung Fritz Müller und an der Abendkasse.

Zealand. Wie aus dem Anzeigenteil zu erhellen ist, findet heute Mittwochabend im „Prinz Karl“ eine Zealanderversammlung statt, auf die auch an dieser Stelle hingewiesen sei.

Standesbuch-Ausgabe. Todesfälle. 24. Juni: Wilt. E. Wed. alt 27 Jahre. Ehefrau des Eisenhändlers Carl Wed. Karl 20 J. H. Schäfer, ledig, alt 70 Jahre. - 25. Juni: Adelheid Dimmel, alt 26 Jahre, Ehefrau des Elektrikers Stefan Dimmel; Wilt. Müller, alt 20 Jahre, Hof-Bäcker a. D. Wittmer, alt 71 Jahre; Kath. Kronenweil, alt 70 Jahre, Ehefrau des Privatiers Wilt. Kronenweil.

Gerichtssaal. Karlsruhe, 25. Juni. Das hiesige Schöffe-ngericht sollte sich heute mit einer Anklage wegen Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutze der Republik befassen. Einige 20 junge Leute aus Pöhltsheim waren beschuldigt, einer verbotenen Organisation - dem Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund - angeschlossen zu haben. Da zwei Angeklagte krankheitshalber fehlten und ein mit den Erhebungen in der Sache be-trauter Polizeibeamter dienstlich verhindert war, wurde der Fall auf unbestimmte Zeit vertagt.

Tagesanzeiger

Mittwoch, den 27. Juni 1923.

Bad. Landes-theater: „König Heinrich der Vierte“, 1. Teil, abends 7 bis 10 Uhr.

Städt. Konzerthaus: Bad. Städtefest, nach-mittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.

Eintracht: Gelangabend E. Gutmann, abends 8 1/2 Uhr.

Städt. Garten: Johannistag, abends 8 bis 11 Uhr. Verein für das Deutschtum in Ausland: Teekonzert im Schloß, Mittwoch, 7. nach-mittags 3 1/2 Uhr.

Residenz-Viertel: Neues Programm. Palastrasse: Neues Programm.

Beiertheimer Fußballverein: 1. gegen B. f. B. Südtal, abends 7 1/2 Uhr.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Wertbeständige 5% Goldobligationen der Südd. Festwertbank in Stuttgart.

Die vor kurzem von der Bayerischen Hypothek- und Wechselbank, der Frankfurter Hypothekbank, der Pfälzischen Hypothekbank, der Rheinischen Hypothekbank, der Südd. Bodenkreditbank und der Württ. Hypothekbank gegründete Süddeutsche Festwertbank in Stuttgart tritt mit einer Emission von 5% Goldobligationen an die Öffentlichkeit. Zeichnungspreis, Zins- und Kapitalzahlung bemessen sich nach dem Verhältnis von 1 Gramm Feingold = 2,79 Goldmark (also die alte Münzgesetzliche Parität) = 66,4 U.S.M. Dollarcent. Der Zeichnungspreis richtet sich nach dem letzten, dem Zeichnungstag vorausgehenden Berliner Dollarkurs, ebenso werden die fälligen Zins- und Kapitalbeträge der Obligationen nach dem Dollarkurs an bestimmten Stichtagen berechnet. Der Erlös der Emission dient vor allem zur Finanzierung verbodener Anlagen auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung in Süddeutschland (Nugbarmachung von Wasserkräften), sowie zur Gewährung von Rentenarlehen. Selbstverständlich geben die Verzinsungs- und Tilgungsbestimmungen parallel mit den entsprechenden Obligationenbedingungen. Bedeutend ist, daß mit Gründung des neuen Instituts eine Organisation gefunden ist, die namentlich auch den oft besonders gut fundierten — kleinen und mittleren Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Verbänden, für die die Emission eigener Werte aus technischen Gründen nicht in Betracht kommt, wertbeständige Kredite gewähren kann. Das ist umso wichtiger, als ihnen die Aufbringung der erforderlichen Kredite auf dem bisherigen Weg des Währungsdarlehens bei der ungeheuren Beanspruchung des Marktes häufig nicht mehr möglich war. Andererseits ist dem nach einer wertbeständigen Anlage suchenden Publikum hier eine Gelegenheit zur Vermögensanlage geboten, die ihm besonders deshalb willkommen sein wird, weil das Institut in enger Verbindung mit seinen sechs Gründungsbanken arbeitet, deren jahrzehntelange Erfahrung auf dem Gebiet des Boden- und Kommunalkredits ihm zugute kommen wird. Es liegen bereits erhebliche Voranmeldungen für die Zeichnung vor.

Von den Börsenplätzen.

Frankfurter Börse.

Rege Nachfrage nach Devisen. — Effekten begierter.

w. Frankfurt a. M., 26. Juni.

Das Geschäft in Dollarschatzanweisungen war heute wieder ziemlich lebhaft. Die Preisbewegung neigte nach oben. Es wurden genannt bei erster Notiz 120 000 bis 124 000, später 126 000.

Im Effektenverkehr von Büro zu Büro zeigte sich für gewisse Spezialpapiere größere Unternehmungslust. Die Umsätze waren in chemischen Werten lebhafter. Auch sonst gestaltete sich die Tendenz fest, umso mehr als der Geldmarkt für die Effektenbörse günstig ist. Es stehen zum Quartalwechsel größere Zinsbeträge aus dem Anleihemarkt in Aussicht. Sehr gesucht waren Philipp Holtzmann. Man nannte einen Kurs von 135 000. Gebr. Jungmans sind auf dauernde Käufe für Schweizer Rechnung stark gesucht, 230 000. A.E.G. fanden zu 275 000 bis 280 000 Käufer. Von Montanaktien waren Mannesmann und Mansfelder gefragt, Spinnerei Hammer 180—200 000. Ruhiger lagen Banken. Für Hindrichs Auffermann hörte man einen Kurs zwischen 125—130 000. Sehr gesucht sind L. A. Epstein-Aktien, die gestern mit 125 000 erstmals notiert wurden. Deutzer Gas und Dürkopp wesentlich höher genannt.

Am Markt der amtlich nicht notierten Werte entwickelte sich eine ziemlich lebhaft Nachfrage nach Benz, 240 000. Größere Umsätze erfolgten in Contibank, 16 000 Geld. Es wurden ungefähr noch folgende Kurse genannt: Api 190 bis 200 000, Becker-Stahl 215—220 000, Emelka 44 000, Hansa Lloyd 50—52 000, Krügershall 280 000, Schutzgebietsanleihe 130—132 000.

Berliner Börse.

Devisen und Effekten höher.

w. Berlin, 26. Juni.

Bei der sehr starken Nachfrage am Devisenmarkt bestand nur sehr geringe Neigung zur Abgabe von Ware, so daß der Reichsbank wieder fast ausschließlich die Befriedigung des Bedarfs zufiel. Die Kurse erhöhten sich wiederum ziemlich, und es konnten für die führenden Plätze nur

25—50 Prozent der verlangten Menge zugeteilt werden.

In Rückwirkung hiervon waren im freien Effektenverkehr durchweg wesentlich höhere Kurse, namentlich für die führenden Montanwerte, für Kali- und Bankaktien, sowie für Preussische Konsols zu hören. Dollarschatzanweisungen wurden per Kassa mit 134 000, per Juli mit 156 000 gehandelt.

*

Gleichstellung der Dollarschatzanweisungen mit den Effekten.

Berlin, 26. Juni. (Eig. Drahtber.) Der Börsenvorstand hat heute beschlossen, Dollarschatzanweisungen den Effekten gleichzustellen und künftighin an börsenfreien Tagen nicht mehr handeln zu lassen. Zu wider Rüge sollen mit Auschluss von der Börse bestraft werden.

Industrien / Handel / Verkehr.

Goldmarkt.

Die preussische Kallianleihe (nicht Kohlenanleihe) ist 8½-fach überzeichnet worden.

Zuckerfabrik Heilbronn. Auf Antrag der Deutschen Bank Filiale Frankfurt sind M. 77,28 Mill. neue Stammaktien zur Frankfurter Börse zugelassen worden.

Banken.

Rheinische Creditbank in Mannheim. Auf der Tagesordnung für die Generalversammlung am Dienstag, den 17. Juli d. J. stehen: Vorlage der Bilanz auf 31. Dezember 1922 mit Berichten der Direktion und des Aufsichtsrats, Festsetzung der Dividende, Entlastung der Direktion und des Aufsichtsrats, Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern, Ermächtigung des Vorstandes zu einer nur teilweisen Versicherung aller für die Gesellschaft in Frage kommenden Risiken.

Industrien.

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe. Die gestrige außerordentliche Generalversammlung, in der 26 950 Stamm- und 3000 Vorzugsaktien vertreten waren, beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals von 80 auf 140 Mill. Mark, wovon den alten Aktionären auf je zwei alte Aktien eine junge zum Kurse von 1000 Prozent zuzüglich Bezugsrechtssteuer und Stempel anzubieten ist, während der Rest von 21½ Mill. im Interesse der Gesellschaft bestmöglichst verwendet werden soll. Das Stimmrecht der Vorzugsaktien wurde auf das 20fache erhöht.

Gesellschaft für Spinnerei u. Weberei Ettlingen. Die in der a. o. Generalversammlung vom 3. Dezember 1921 beschlossene Kapitalerhöhung wurde im Anfang des Berichtsjahres durchgeführt so daß das Aktienkapital nunmehr M. 12 000 000 Stammaktien und M. 8 000 000 Vorzugsaktien beträgt. Nach Zuweisung von M. 60 000 000 auf Wertberichtigungskonto beträgt der erzielte Reingewinn des Jahres 1922 M. 60 963 490. Davon sollen verwendet werden: Zuweisung auf Ergänzungskonto M. 8 000 000, Zuweisung auf Reservokonto Mark 1 000 000, Zuweisung auf Friedrich Hummel- und Theodor Bäuerle-Stiftung M. 15 000 000. 300 Proz. Dividende auf das Aktienkapital, 6 Proz. auf die Vorzugsaktien, zusammen M. 36 120 000. Auf neue Rechnung werden M. 843 490 vorgetragen. Infolge der unsicheren Verhältnisse lassen sich die zukünftigen Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten heute noch nicht übersehen. Die G.-V. findet am 10. Juli statt.

Gebr. Großmann A.-G. Brombach. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 44 Mill. Mark Stammaktien. Die neuen Aktien werden von einem unter Führung der Darmstädter Nationalbank (Filiale Mannheim) stehenden Konsortium zu 5000 Prozent übernommen. Der Aufsichtsrat wurde ferner ermächtigt, unter Ausschluss des Bezugsrechtes der Aktionäre weitere 20 Mill. mit 25 Proz. einzubehaltenden Stammaktien zu nur 101 Proz. innerhalb Jahresfrist im Interesse der Gesellschaft zu begeben. In den Aufsichtsrat wurden gewählt: Dr. Arthur Rosen (Darmstädter und Nationalbank Berlin) und Dr. Wilhelm Moor (Basler Kantonalbank Basel).

Gummiwerke Necker A.-G., Heidelberg-Wiebslingen. Laut Bericht ergaben sich 1922 M. 535,92 (12,84) Mill. Betriebsüberschuß und nach M. 480,43 (10,74) Mill. allgemeinen Geschäftskosten, sowie M. 28,22 (0,83) Mill. Abschreibungen einschl. Mark 97 295 Vortrag als Reingewinn M. 27,36 (1,28) Mill., woraus 80 (10) Proz. Dividende verteilt werden. Die Reserve erhält M. 142 Mill. (81 700), für soziale Zwecke werden M. 6 (0,10) Mill. abgesetzt, vorgetragen werden M. 0,74 Mill. An der Dividende sind M. 32 Mill. junge Aktien für ein Vierteljahr anteilsberechtigend. Das Aktienkapital ist auf M. 120 Mill. erhöht, die jungen Aktien werden von einer Gruppe unter Führung der Süddeutschen

Diskonto-Gesellschaft in Mannheim übernommen und zwar M. 12 Mill. zu 3200 Proz., die den bisherigen Aktionären im Verhältnis von 4 zu 1 zu 3500 Prozent angeboten werden, während die restlichen M. 58 Mill. zu 350 Prozent übernommen werden und zu 6000 Prozent „an eine Gruppe“ gehen. Die Verwaltung teilte noch mit, daß der Vertreter der Bergisch-Märkischen Industriegesellschaft für die von ihm vertretenen Aktien besondere Vorteile verlangt hätte, die nicht bewilligt worden seien. In Anbetracht der entstandenen Differenzen lehnten die Vertreter der „neuen Gruppe“ die Zuwahl in den Aufsichtsrat ab; doch würden sie sich weiter dem Unternehmen zur Verfügung stellen.

Cn. Deutsche Künstler-Puppen A.-G. (Dekap). Mit einem Gründer-Kapital von nominal 100 Mill. Mark wurde in Baden-Baden die Deutsche Künstler-Puppen A.-G. ins Leben gerufen. Dem Aufsichtsrat gehören Bankier Robert Levinger als Vorsitzender, Fabrikant Günther, Rechtsanwalt Dr. Herrmann, Buchdruckereibesitzer Stadtrat Pfeiffer und Direktor Samuel, Krefeld an. Sitz der Gesellschaft ist Baden-Baden. Die Gesellschaft beabsichtigt die Herstellung besonders origineller Künstlerpuppen und hat sich zu diesem Zwecke die dauernde Mitwirkung bedeutender Künstler gesichert. Das ganze Aktienkapital haben die Gründer übernommen. Gründer sind: Bankkommandite Schmidt & Co., Baden-Baden; Fabrikant H. Günther, i. F. Kunsthaus Köhler; Krefelder Industrie- und Handels-A.-G., Krefeld; Stadtrat Pfeiffer, Baden-Baden; Rechtsanwalt Dr. Ernst Herrmann, Baden-Baden; Fabrikbesitzer Arthur Ebert, Baden-Baden. Ins Auge gefaßt ist besonders die Herstellung von Künstler-Puppen auf dem Wege der Heimarbeit. Auf diese Weise wird es der Künstler-Puppen A.-G. möglich sein, eine wichtige soziale Tätigkeit zu entfalten.

Verschiedenes.

Gebr. Gänswein, Immobilien-, Handels- und Finanz-A.-G., Konstanz. Auf den 9. Juli wird eine a. o. G.-V. dieses erst im Mai d. J. in eine A.-G. umgewandelten Unternehmens einberufen behufs Erhöhung des Aktienkapitals von M. 13,30 auf 80 Mill. durch Ausgabe von M. 60 Mill. Stamm- und M. 6,70 Mill. Vorzugsaktien, so daß das Grundkapital künftig aus M. 72 Mill. St.-A. und M. 8 Mill. V.-A. bestehen wird. Auch soll über die Verbindung der Gesellschaft mit einer Bank und mit einem kaufmännischen Unternehmen Beschluß gefaßt werden.

Von den Märkten.

Hamburger Metallmarkt. 26. Juni. Silber ca. 900 fein, prompt 3050, 2950, per Juni 3050, 2950, per Juli 3080, 2975, 2850, 3050, per August 3450, 3400, 3200, 3435; Zink-Hütten 18 200, 17 500, per Juni 18 200, 17 500, per Juli 18 500, 17 500, per August 20 700, 20 300, 21 000; Weichblei, ab Lager 14 000, 13 500, ab Hütte 19 000, 15 500, raffiniert 18 500, 15 500; Banca-Zinn 125 000, 118 000; Gold 87 000; 83 000; Platin 420—390 000.

Hamburger Altmetallmarkt. 26. Juni. Kupfer 62, 64, Rotguß 46, 48, Messing, leicht 33—35, Messingspäne 32, 34, Messingguß 34, 36, Blei 17, 50, 18, 50, Zink 18, 20.

w. Mannheim, 25. Juni. Dem heutigen Viehmarkt waren zugefahren: 412 Ochsen, 110 Bullen, 397 Kühe und Rinder, 208 Kälber, 49 Schafe, 902 Schweine. Die Preise für ½ Kilo Lebendgewicht bewegten sich für: Ochsen, Kl. a) 9000—9400 Mark, Kl. b) 8200—8800 M., Kl. c) 7800—8200 M., Kl. d) 7000—7200 M., Bullen, Kl. a) 8800—9000 M., Kl. b) 8400—8800 M., Kl. c) 8000—8400 M., Kühe, Kl. a) 9000—9400 M., Kl. b) 8200—8800 M., Kl. c) 7800—8200 M., Gering genährtes Jungvieh (Färsen) Kl. a) 7000—7200 M., Kl. b) 5500—6500 M., Kälber, Kl. a) 9000—9600 M., Kl. c) 8600—9000 M., Kl. d) 8200—8600 M., Kl. e) 7800—8200 M., Schafe, Kl. b) 4000—4200 M., Kl. c) 3800—4000 M., Schweine, Kl. a) 12—13 000 M., Kl. b) 12—13 000 M., Kl. c) 11—12 000 M., Kl. d) 10—11 000 M., Kl. e) 9900 bis 10 000 M., Kl. f) 10—11 000 M.

Marktverlauf mit Großvieh, Kälber, Schafen und Schweinen lebhaft, ausverkauft.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie die natürlichen Gewichtsverluste ein, müssen sich also nicht unerheblich über die Stallpreise stellen.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Die Dollarschatzanweisungen.

In einer erneuten Sitzung ist, laut „Frfr. Zeitung“, die Uebernahme von rund 28 Mill. Goldmark bezug. Doll. 0,9 Mill. Dollarschatzanweisungen des Reiches durch die Banken aufstunde ge-

kommen. Das Konsortium steht unter Führung der Reichsbank. Es umfasst die sämtlichen Konsortien der Dollarschatzanweisungsemission, jedoch nicht die reinen Zeichnungsgesellschaften. Die Zeichnungen halten sich genau im Rahmen der damaligen Quoten. Der Uebernahmepreis ist 101 für Juni und 101½ für Juli, demnach beträgt er pari einschließlich Zinszuschlag. Die Einzahlung soll bis spätestens 15. Juli erfolgen. Mit der Industrie und dem Großhandel wird seitens der politischen Behörden noch verhandelt, damit auch sie je einen erheblichen Teil der zweiten Hälfte der Dollarschatzanweisungsemission von im ganzen 5 Mill. Doll. gleich 100 Mill. Goldmark übernehmen sollen. Kommt auch diese Uebernahme in nur einigermaßen betriebigem Umfang zustande, so würden in der Tat erhebliche Mittel für den Stützungsfonds bereitgestellt werden, ganz abgesehen von dem schon erwähnten weiteren Goldmarkt, das die Reichsbank aufnehmen kann oder schon aufgenommen hat. In welcher Weise und in welcher Frist die Einzahlungen für die letzteren kaufmännischen Uebernahmen zustandekommen würden, bleibt abzuwarten; dem Bankkonsortium gegenüber hat man betont, daß man hoffe, es werde keine allseitige Einzahlung nicht auf der anderen Seite durch Devisenkäufe im Markt wieder aufgeben.

Berlin, 26. Juni. (Drahtber.) Wie die „Germania“ hört, sind die Ausführungsbestimmungen für die neue Devisenverordnung bereits fertiggestellt und werden heute oder morgen das Reichskabinett beschäftigen. Dem gleichen Vortage zufolge sind der Reichsbank und der deutschen Industrie und der Großorganisationen des Handels von der Regierung erteilt worden, ihrerseits zur Durchführung in materieller Weise beizutragen.

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 25. Juni.

	25. Juni.	26. Juni.	25. Juni.	26. Juni.
	Geld	Brief	Geld	Brief
Brüssel	6014,90	6045,10	6608,-	6642,-
Holland	44887,50	45112,50	49176,50	49423,50
London	89488,75	89381,25	87860,-	88180,-
Paris	7042,35	7077,65	7755,50	7794,50
Schweden	20349,-	20451,-	22441,50	22556,50
Spanien	16857,75	16942,25	18653,-	18747,-
Italien	5117,20	5142,80	5546,-	5574,-
Lissabon	20548,50	20651,50	22443,50	22556,50
Dänemark	18852,75	18947,75	20847,50	20952,50
Norwegen	29925,-	30075,-	33416,-	33584,-
Helsingfors	11398,40	11438,60	12685,-	12815,-
New York	162,10	162,90	180,04	180,96
Wien (alt)	1096,20	1103,80	1496,-	1504,-
Budapest	3263,35	3458,65	3770,50	3789,50
Sofia	1217,-	1223,-	1386,50	1393,50
Agram	—	—	—	—

w. Berlin, 25. Juni.

	25. Juni.	26. Juni.	25. Juni.	26. Juni.
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	44638,-	44862,-	49176,50	49423,50
Brüssel	6009,50	6040,50	6608,-	6642,-
Christiana	18653,-	18747,-	20847,50	20952,50
Kopenhagen	20349,-	20451,-	22441,50	22556,50
Stockholm	30174,-	30326,-	33416,-	33584,-
Helsingfors	3142,-	3158,-	3476,-	3494,-
Italien	5112,-	5138,-	5546,-	5574,-
London	89387,-	89313,-	87858,-	88180,-
New York	11384,-	11438,-	12685,-	12815,-
Paris	7052,-	7088,-	7755,50	7794,50
Schweden	20398,50	20501,50	22433,50	22556,50
Spanien	16857,50	16942,50	18653,-	18747,-
Wien (alt)	160,09	160,91	180,04	180,96
Dtsch. Oest.	3441,-	3459,-	3770,50	3789,50
Budapest	1236,-	1244,-	1496,-	1504,-
Lissabon	1216,50	1223,50	1386,50	1393,50
Bulgarien	40498,50	40701,50	44588,-	44812,-
Buen-Aires	—	—	59850,-	60150,-
Japan	11970,-	11930,-	13466,-	13534,-
Rio de Jan.	1301,50	1308,50	1416,-	1425,-
Warschau	—	—	—	—

Unnotierte Werte.

Mitgeteilt von Baer & Elen d., Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 26

	circa	circa	
Adler Kali	380000	Petersbgr. Int.	35000
Api	2 000 000	Rastatter Waggon	50000
Bad. Lokomotivwerke	38000	Rodi & Wiemersberg	100000
Baldur	20000	Russenbank	37000
Becker Kohle	223000	Sichel	140000
Becker Stahl	240 000	Stoman	200000
Benz	240 000	Teichgräber	45 000
Brown Boveri	55000	Textil Meyer	22000
Deutsche Lastauto	30000	Tabak-Handels-A.-G.	1900
Deutsche Petroleum	390000	Ufa	110000
Germania Linoleum	130000	6% Bad. Kohlenw.-Anl.	600000
Hansa Lloyd	55000	6% Mannh. Kohlenw.-Anl.	600000
Heldburg Vorzugs-Akt.	70000	Anleihe	600000
Inag	—	7% Sächsische Braun-	—
Kabel Rheyd.	40000	kohlen-Anleihe	50000
Karstadt	24000	8% Rhein-Main-Donau	—
Knorr	15000	Dollar-Anleihe	120000
Krägershall	21000	5% Neekarwerke Gold-	—
Landeswirtschaftsstelle	—	Anleihe	100000
für das Badische Hand-	—	5% Preussische Kali-	—
werk	1500	Anleihe pro 100 kg	100000
Meurer Spritmüll.	42000	5% Preussische Roggen-	—
Moninger Brauerei	50000	wert-Anleihe p. Ztr.	300000
Offenburger pinnerei	90000	—	—

SUNLICHT
SEIFE
NIMM MIT AUF DIE REISE!